

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Freitag, 21. Juli 1989

Nr.139 (6 017)

Preis 3 Kopeken

Die Umgestaltung der Arbeit der Partei ist die Hauptaufgabe des Tages

Bericht M. S. GORBATSCHOWS auf der Beratung im ZK der KPdSU

Genossen! Das Politbüro erachtete es für notwendig, dieses Treffen durchzuführen, um die mit der Tätigkeit der Partei in der gegenwärtigen Umgestaltungsetappe verbundenen aktuellen Probleme zu erörtern. Diese Probleme wurden durch den gesamten Entwicklungslauf in den Vordergrund gerückt. Sie stehen im Mittelpunkt der Diskussion sowohl in der Partei als auch in der Gesellschaft.

Die rege Erörterung aller mit der Tätigkeit der Partei verbundenen Fragen ist ein Merkmal dessen, welche riesengroße Bedeutung unser Volk der Rolle der KPdSU beimisst, einsehend, daß seine Hoffnungen auf den Erfolg der Umgestaltung, auf die Erneuerung der Gesellschaft, auf die Verbesserung des Lebens in entscheidendem Maße mit der Politik und praktischen Tätigkeit der Partei verbunden sind. Damit läßt sich vor allem auch die ernste Zuwendung des öffentlichen Bewußtseins der höchst kritischen Einstellung gegenüber der Arbeit der Parteiorgane der Parteiloyalität, der Kommunisten erklären.

Kurz und gut, wir brauchen heute ein umständliches Gespräch. Wir müssen alle die Fragen bezüglich der Partei beantworten, die heute die Kommunisten, alle Sowjetmenschen besonders bewegen. Unsere Menschen müssen überzeugt sein, daß die KPdSU ihrer Wahl, ihrer Politik der Umgestaltung bis zum letzten treu bleibt und die Standpunkte der revolutionären Umwandlung der Gesellschaft standhaft im Interesse des Volkes vertreten wird.

I.

Genossen! Wir müssen an die Einschätzung der Tätigkeit der Partei in der laufenden Etappe unter Berücksichtigung der gegenwärtigen politischen Situation im Lande herangehen. Man muß sagen, daß sie höchst kompliziert und uneindeutig ist. Das Land durchlebt im Grunde genommen eine kritische Periode der Umgestaltung. Wir alle nehmen das ernsthaft wahr, das trat auch auf dem Kongreß der Volksdeputierten klar hervor.

Der Kongreß vertiefte unsere Kenntnisse hinsichtlich der sich in der Gesellschaft vollziehenden Prozesse und lieferte eine schonungslose Analyse unserer Schmerzstellen, Gegensätze und Schwierigkeiten. Jetzt ist es uns noch ersichtlicher geworden, in welcher ersten Krise sich unser Land zu Beginn der 80er Jahre befand, aus der wir bis heute noch nicht herausgekommen sind. Mehr noch, manche Prozesse der wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Entwicklung spitzen sich weiter zu. Das trifft auf die Situation auf dem Verbrauchermarkt, auf die finanzielle Lage des Landes, auf mehrere Probleme der sozialen Gerechtigkeit und auf die zwischenstaatlichen Beziehungen zu.

Auf dem Kongreß offenbarte sich die große Besorgtheit der Sowjetmenschen über das Niveau der Disziplin, der öffentlichen Ordnung und darüber, wie Kriminalität und Mißwirtschaft bekämpft werden. Den Kurs auf die Weiterentwicklung der Demokratie, Transparenz und Humanisierung unterstützend, tritt die Öffentlichkeit resolut gegen beliebige Fälle der Mißachtung der Persönlichkeit, des Gesetzes und der Justiz, gegen den Kult der Gewalt und Zügellosigkeit, gegen Entfesselung unkontrollierbarer Leidenschaften und Emotionen auf.

Die Arbeit des Kongresses und des Obersten Sowjets leitet im Grunde genommen eine weitere Periode der Entwicklung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus ein. Jeder von uns, ja wohl, wahrscheinlich jeder Sowjetmensch, sieht die Einmaligkeit dieser Ereignisse und deren Umwälzungsbedeutung ein. Es kommt in dieser Angelegenheit nicht allein darauf an, daß erstmalig auf demokratischer Grundlage die höchsten Organe der Staatsmacht und Verwaltung gebildet sowie die Hauptfunktionen der Innen- und Außenpolitik des Sowjetstaates festgelegt wurden. An und für sich ist das eine wie das andere außerordentlich wichtig. Doch die Hauptsache besteht wohl darin, daß die reale Übergabe der ganzen Fülle der Staatsmacht an die Sowjets sowie die Schaffung eines neuen demokratischen Modells der Einbeziehung der Volksmassen in die Lösung gesamtstaatlicher Fragen praktisch eingeleitet worden ist. Somit wird die politische Reform aus dem Bereich der Ideen, Entwicklungen und Pläne in die Praxis transplantiert und in eine echte Realität des Lebens verwandelt. Das Land

wird anders, und entsprechend müssen sich auch unsere Ansichten und Taten erneuern.

Ich bin der Ansicht, daß wir zur Abschätzung der politischen Situation in ihrer Dynamik die **enstehende Konstellation der gesellschaftlichen Kräfte** besonders gründlich analysieren müssen.

Der Kongreß der Volksdeputierten widerspiegelt den Prozeß der weiteren Politisierung der Massen und ihrer Einbeziehung in die gesellschaftlichen Prozesse, die im Lande vor sich gehen, und verleiht ihnen einen neuen Impuls. Der Kongreß führte erneut die Treue der führenden sozialen Kräfte unserer Gesellschaft zu den von der Partei aufgeworfenen Ideen der Umgestaltung vor Augen. Doch Tatsache ist auch der Umstand, daß in der Gesellschaft die Kritik und die Unzufriedenheit mit den Resultaten der Umgestaltung zunehmen, die Polarisierung und Differenzierung der Meinungen und Stimmungen gewinnt an Tempo.

Mit welchen konkreten Stimmungen und Erscheinungen haben wir es hier zu tun?

Die Umgestaltung stößt nach wie vor auf starken Widerstand seitens dogmatischer, konservativer Kräfte, viele von denen die demokratischen Schritte als einen Rücktritt von den sozialistischen Prinzipien bewerten. Offensichtlich darf man heute wohl schon sagen — und das vollzieht sich vor unseren Augen — daß unter denjenigen, die es nicht geschafft haben, sich umzustellen und die neuen Verfahrenswesen zu meistern, zuweilen eine psychologische Unsicherheit und Gereiztheit entstehen, es kommt der Wunsch auf, zur gewaltmäßigen Lösung der heutigen politischen Probleme überzugehen und das schwindende Ansehen durch Anwendung von Sanktionen gegenüber allen Andersdenkenden und Kritisierenden zurückzugewinnen.

Ähnliche Stimmungen eines gewissen Teils der Mitarbeiter, unserer Kader, ihr Hang zu autoritären Methoden werden von einem gewissen Teil der Bevölkerung des Landes unterstützt und geteilt. Das müssen wir einsehen, wenn wir die Positionen des Realismus weiter vertreten wollen.

Ich bin der Ansicht, daß sich dogmatische Positionen nicht nur vom Konservatismus des Denkens und der Mentalität, sondern auch in gewissem Maße von dem jetzigen nicht vollen Verstand des Wesens der sich vollziehenden Prozesse, von dem Mißverhältnis zwischen Orientierungspunkten nähern, und dies darf ebenfalls nicht unbeachtet bleiben.

In letzter Zeit tritt ziemlich deutlich die Zunahme der gesellschaftlichen Schichten hervor, die unter dem Einfluß linksradikaler Stimmungen geraten sind. Sie setzen sich für unterschiedenes Handeln und forcieren der Umwandlungen ein. Sehr verbreitet sind dabei populistische Ideen, linksradikale Spekulationen mit den Forderungen der sozialen Gerechtigkeit im Geiste der allgemeinen Ausgleichung. Einen realen Grund für solche Stimmungen gibt es. Nicht alles verläuft bei uns normal mit dem Vorankommen auf dem Weg der Umgestaltung. In manchen zögern wir, treten auf der Stelle, und mancherorts sind wir sogar zurückgewichen. Von unseren jetzigen Vorstellungen ausgehend, die eine Vielfalt von Meinungen und Herangehensweisen, einen Unterschied der Positionen, das Vorbringen alternativer Varianten der Lösung spruchreif gewordener Probleme auf prinzipieller sozialer Grundlage voraussetzen, ist das Vorhandensein von solchen Kräften und Stimmungen eigentlich eine ganz natürliche Sache. Es wäre falsch, sie von den allgemeinen Umgestaltungsprozessen zu entfernen suchen. Wir müssen im Hinblick auf die Vielfalt von Meinungen und Stimmungen arbeiten, die in der Gesellschaft real bestehen.

Damit man ein klares und volles Bild der gegenwärtigen politischen Situation hat, können wir nicht umhin, auch die erstarkenden Erscheinungen von Extremismus in seinen verschiedensten Formen und in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen festzustellen. Der Gesellschaft werden fast eindeutig Aufrufe aufgedrängt, die dem Sozialismus fremden Werte aus der bürgerlichen Demokratie und dem Privatunternehmertum zu entlehnen. Es kommt darauf an, alle gesunden Kräfte, die sich für die Umgestaltung einsetzen, konsolidierend und die extremistischen Tendenzen beharrlich

überwindend, unbeirrbar auf dem Weg der sozialen Erneuerung hinzuarbeiten.

Die KPdSU bewahrt die Initiative und stützt sich auf den umfassenden Beistand der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der schöpferischen Kräfte der Intelligenz. Zugleich wird in der Gesellschaft, wie ich schon sagte, aktiv über die Tätigkeit der Partei diskutiert. Das ist auch logisch, denn die Umgestaltung des politischen Systems, die Machtvollkommenheit der Sowjets, die eigentlich vom Kongreß eingeleitet wurde, die Erneuerung der Gesellschaft selbst sind ohne die Erneuerung der Partei unmöglich.

Unsere Partei ist die führende Partei. Sie darf der politischen Verantwortung für die Sachlage im Land nicht entgehen. Mehr noch, angesichts der umfassenden Umwandlungen, die sich in der Gesellschaft vollziehen, wird diese Verantwortung noch größer.

Wir alle wissen, daß in der jetzigen sehr verantwortungsvollen Etappe der Umgestaltung in der Tätigkeit verschiedener Stufen unserer Partei, unserer Kader nicht alles glatt vonstehen geht. Da gibt es viele Probleme. Wir können sie nicht umgehen, sie erfordern, daß man sie parteilich löst, prinzipiell, ohne Panik und unnütze Dramatisierung bewertet, was eigentlich geschieht. Obigens ist das auch die Hauptaufgabe unseres heutigen Treffens im Zentralkomitee der Partei.

Man muß die Meinung hören, daß die kritische Einstellung zur Tätigkeit der Parteiorgane und Parteikader in der Gesellschaft durch die Aufdeckung der früheren Fehler und Entstellungen, die Welle der Kritik und einseitige Veröffentlichungen der Presse, die Beschuldigungen der Parteileiter und deren Gleichsetzung des Bürokraten usw. verursacht ist. Offensichtlich liegt in all dem ein Teil der Wahrheit.

Dabei wirkt sich selbstverständlich auch der ungünstige sozioökonomische Hintergrund des jetzigen Moments aus, vor allem die Entblanzierung des Verbrauchermarkts, das steigende Defizit an Waren und Dienstleistungen, die Aktualität des Lebensmittels- und Wohnungsproblems, der Verfall des Gesundheitsschutzes, die schweren Lebensbedingungen der minderbemittelten Familien, die Überbetreibungen in der Genossenschaftsbewegung und eine Reihe anderer Faktoren. Wenn die Menschen außerdem sehen, daß dieses oder jenes Parteikomitee auch keine Wandlungen anstrebt, so löst das unvermeidlich Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der Parteiorganisationen aus.

Da gelangen wir zur Tatsache, was meiner Meinung nach das Wesen der Frage ausmacht — **die Umgestaltung in der Partei bleibt wesentlich hinter den Prozessen zurück, die sich in der Gesellschaft vollziehen.** Auf dieser Grundlage entsteht eine reale Gefahr für die Schwächung der führenden Rolle der KPdSU bei der Umgestaltung. Das ergibt immer größere Besorgnis um das Ansehen der Partei und ihrer Leitungsorgane im Zentrum und in der Basis nicht nur unter den Kommunisten, sondern auch unter den breiten Schichten der Werktätigen.

Es entsteht die Frage: Ist das eine Krise der Partei? Nein, nicht der Partei, sondern ihrer früheren Funktionen, der veralteten Methoden und des veralteten Stils der Arbeit. Lange Zeit war die Partei in das administrative Weisungssystem in der Leitung der Gesellschaft eingebaut gewesen und lebte nach dessen Gesetzen. Sie war nicht einfach eingebaut, sondern sie erhob sich eigentlich über allem, kontrollierte alle Prozesse des staatlichen, wirtschaftlichen und ideologischen Lebens, während sie alles beherrschte und niederdrückte, den Staats- und Wirtschaftsorganen sowie Massenorganen kategorische Direktiven und Befehle erteilte.

In gewissem Sinne war es unter diesen Bedingungen leichter und einfacher zu leiten. Aber der Hauptinhalt der Parteilarbeit — die Rolle der Partei als politische Avantgarde der Gesellschaft, ihre lebendige Verbindungen mit den Massen — ist verlorengegangen. Die Parteikomitees und Parteiarbeiter ließen sich auf die Kraft der Entscheidungen und Anweisungen verlassen und haben es somit verlernt, den Dialog mit den Menschen zu führen, ihr Vertrauen zu erkaufen, ihr durch Überzeugung und mit Argumenten heranzuzuführen. Jetzt entsteht eine andere ge-

gesellschaftliche Situation. Die Partei kann und soll die staatlichen, wirtschaftlichen und Massenorganisationen nicht befehlen. Unsere Pflicht ist es, politische Massenarbeit zu führen, kühne Ideen vorzubringen, sie den Menschen zu erklären, offen zu handeln, vor dem Anwachsen negativer Erscheinungen zu warnen, energisch alles Neue, Progressive zu unterstützen, effektiv die Lösung von Problemen zu fördern, die mit dem Leben der Menschen verbunden sind. Das ist besonders in der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Situation wichtig, einer komplizierten Situation, die durch einen starken Meinungsstreit, durch das Anwachsen der politischen Aktivität der Menschen und einen stürmischen Aufschwung der gesellschaftlichen Initiative, durch die Entwicklung der Eigeninitiative der Organisationen und die Entstehung neuer Bewegungen charakterisiert wird.

Die Hauptsache ist jetzt, die Partei aus einem, wie ich sagen würde, Belagerungszustand herauszuführen und sie in einen dynamischen Zustand zu versetzen. Dazu ist es notwendig, daß jede Parteiloyalität, ausgehend von den allgemeinen Aufgaben, ihr eigenes Aktionsprogramm besitzt, eben ein eigenes, daß den ganz konkreten Bedingungen entspricht, unter denen sie arbeitet. Solche Wirkungsprogramme müssen für jede beliebige Initiative, die für die Menschen von Nutzen ist, existieren.

II.

In der gegenwärtigen Situation kommen wir, Genossen, nicht darum herum, **die Funktion und die Rolle der Partei in der Gesellschaft auf neue Art zu überdenken**, ihre Koordinaten im politischen System des sich erneuernden Sozialismus zu bestimmen.

In der letzten Zeit sind die Stimmen einiger „Superradikaler“ darüber zu vernehmen, daß die Partei wohl fast von der allgemeinen politischen Arena verschwinden und ihre Funktionen ausschließlich auf ihre inneren Angelegenheiten und die Aufklärung einschränken müßte. Das bedeutet, es wird eigentlich von der Umwandlung der Partei in eine Sekte oder gewissermaßen in einen Diskussions- und Aufklärungsclub gesprochen. Weder die eine, noch die andere Variante ist für die KPdSU, die die Regierungspartei und eine politische Organisation darstellt, annehmbar.

Parteien wurden immer und überall gegründet und wirkten als ein Instrument des Machtkampfes, als ein Mechanismus der Transformation der Interessen und Bestrebungen verschiedener Klassen, sozialer Gruppen und Kräfte, der ideologischen und politischen Strömungen in die reale Staatspolitik. Und die Leninische Partei, die Partei der Bolschewiki war in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Indem sie die Interessen der werktätigen Klassen, insbesondere der Arbeiterklasse, zum Ausdruck bringt und die progressiven Kräfte der Gesellschaft integriert, stellt sie die politische Avantgarde des Volkes dar.

Hieraus ergeben sich auch die Grundfunktionen der Partei. Das ist die ständige Entwicklung und Bereicherung des gesellschaftlichen Gedankenguts, die Ausarbeitung von Grundprinzipien der Innen- und Außenpolitik auf der wissenschaftlichen marxistisch-leninistischen Basis unter Berücksichtigung der heranreifenden Bedürfnisse der gesellschaftlichen Entwicklung, der Interessen und Stimmungen der Massen, die ideologische und organisatorische Arbeit, damit der Kurs der Partei zum Element des Bewußtseins und der praktischen Handlungen breiter Volksmassen wird. Und letztendlich muß die ständige Sorge der Partei auch weiterhin auf die Kader gerichtet werden.

Aus der Funktion der Partei ergibt sich, wie die Partei selbst sein muß, was für ein modernes politisches Aussehen sie haben muß, in welcher Form sie ihre Tätigkeit unter den Bedingungen der wahrhaften Demokratie gestalten soll. Vor allem aber ist für uns alle offensichtlich, daß in einer demokratischen Gesellschaft die Partei selbst ein Ausdruck der höchsten und konsequentesten Formen der Demokratie, ein Beispiel der demokratischen Entwicklung für die ganze Gesellschaft sein muß. Und dafür muß sie sich mit Entschiedenheit befähigen von den Deformationen befreien, die in der Ära des Personalismus und der Stagnation entstanden sind.

(Fortsetzung S. 2)



Das Kollektiv des Hüttenkombinats Karaganda leistete in den letzten Jahren einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung der Ökonomie des Landes. Seit dem Beginn des vorigen Jahres arbeitet es unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Rechnungsführung, Eigenwirtschaftung und Selbstfinanzierung. Im vorigen Jahr ging das Kollektiv des Hüttenwerks aus dem sozialistischen Allunionswettbewerb als Sieger hervor. Zur Zeit sind hier schon überplanmäßig 99 000 Tonnen Agglomerat, 123 600 Tonnen Stahl geliefert und Volksbedarfswaren im Werte von 2 000 000 Rubel erzeugt worden.

Unsere Bilder: Gute Resultate erzielten die Arbeiter des zweiten Hochovens, wo Alexander Torunow als Oberhermeister tätig ist. Nur im Juni ist hier mehr als 5 000 Tonnen überplanmäßigen Gußeisen erzeugt worden. In der Eisengießerei des Kombinats, Das Roh-eisen wird gegossen: Die Stahlwerkerbrigade von Michail Mischajin aus der ersten Marlingießerei (v.l.n.r.): Maschinist der Einzelmaschine A. Suschtschenko, Obergehilfe E. Michailow, Stahlwerker M. Mischajin und Gehilfe S. Shunusow. Fotos: KasTAg



Garantierter Gewinn

In den Agrarbetrieben Kasachstans werden immer neue Reserven für eine raschere Realisierung des Lebensmittelpogramms ausfindig gemacht. Ein wichtiger Faktor ist dabei auch die weitgehende Stimulierung der individuellen Hauswirtschaften der Bauern.

„In dieser Hinsicht haben wir schon ansehnliche Ergebnisse erzielt“, erzählt Wassili Wagner, Direktor des Sowchos „Oktjabrski“, der zu den größten Agrarbetrieben im Gebiet Kokschtaw gehört. „Nicht zu sagen, daß wir für unsere Sowchosarbeiter kein Fleisch hätten — jedes Jahr werden an die Dorfelnwohner über 60 Tonnen Fleisch verkauft. Dabei sei betont, daß wir an den Staat etwa 1 200 Tonnen Rind- und Schweinefleisch realisieren. Die besagten 60 Tonnen spielen scheinbar in der Sowchosökonomie gar keine große Rolle, aber wenn man sich die Sache gut überlegt, muß man zugeben, daß dies eben nicht rationell verbrauchte Mittel sind.“

Um dieses Problem zu lösen und alle Reserven bei der Fleischlieferung optimal zu nutzen, hat man in der Sowchosdirektion beschlossen, für die Sowchosarbeiter und ihren Bedarf extra eine MiniFarm zu bauen und darin einige Brutparate für Geflügel zu montieren.

„Diese Neuerung haben sich

unsere Zootechniker in einem moldauischen Agrarbetrieb abgeguckt“, erzählt Grigori Gaidin, Sekretär des Parteikomitees des Sowchos. „Bei relativ geringen Gesteuungskosten sichern die Anlagen einen sehr hohen Effekt — in einem Monat werden hier etwa 40 000 Gänse- und Enten-eler ausgebrütet.“

Die Kücken will man später an die Sowchosarbeiter vergeben. Außerdem ist es vorgesehen, die Familien, die 100 und mehr Kücken zur Pflege und Mast übernommen haben, mit Futter zu günstigen Preisen zu versorgen.

„Natürlich ist es noch zu früh, heute vom Effekt des Vorhabens zu sprechen“, meint Wassili Wagner, „aber unsere Sowchosarbeiter sind sehr praktische Leute, sie drehen jede Kopeke dreimal um, bevor sie sie ausgeben. Viele haben den konkreten Vorteil sofort eingesehen und sich in der kürzlich errichteten Farm melden lassen — einige haben sogar 300 Kücken bestellt.“

In der Regel dauert die Inkubationsperiode vier Wochen lang; demnach gibt es in der Farm die Möglichkeit, bis zum August über 120 000 Kücken an die Dorfelnwohner und die Einwohner der Nachbardörfer zu realisieren.

Alexander ROSCH
Gebiet Kokschtaw

Wirtschaftsleben kurzgefaßt

In zügigem Tempo erfolgt die Futterbeschaffung im Sowchos „Donkol“ Rayon Tawritscheskoje Gebiet Ostkasachstan. Mit jedem Tag wachsen die Heuschäber auf dem Futterlager an. Die Heumiete wird oft durch den Regen gestört, aber die Mechanisatoren nutzen diese Zeit bei der Vorbereitung der Mähreschere: Es ist doch bald die Zeit der Getreideernte.

Überplanmäßige Produktion liefert bereits seit Jahresbeginn die Produktionsvereinigung „Tschimkentmebel“. Die Möbelbauer haben ihr Halbjahrprogramm erfolgreich realisiert und Erzeugnisse zusätzlich zum Plan im Werte von 690 000 Rubel geliefert. Die Arbeitsproduktivität ist im Betrieb inzwischen um acht Prozent gestiegen.

In sämtlichen Positionen haben die Hüttenwerker der Produktionsvereinigung „Dsheskasganzewmet“ ihre Planaufgaben für das erste Halbjahr erfüllt. Wesentlichen Anteil haben daran auch die Bergarbeiter der Bergwerke Wostotschny und Sewerny. Sie haben ihre Planaufgabe für diese Zeitperiode merklich überboten. Insgesamt hat das Kollektiv der Produktionsvereinigung einen überplanmäßigen Gewinn von rund 11 000 000 Rubel erzielt.

Lage in Abchasien gespannt

Die Lage in Abchasien ist nach wie vor äußerst kompliziert. Es kam erneut zu Zusammenstößen beim Einsatz von Handfeuerwaffen zwischen Georgiern und Abchasen. Weitere Verletzte wurden gemeldet.

In den Bezirken Gulrjisch, Otchamschiri, Gall und in der Stadt Tkwardschell werden ununterbrochen Massenkundgebungen durchgeführt, auf denen zu aktiven Handlungen aufgerufen wird. Dabei entstehen verschiedene zwischenstaatliche Konflikte.

In Abchasien halten sich der Kommandierende der Truppen des UdSSR-Innenministeriums, J. Schatalin, und der Innenminister Georgiens, Sch. Gorgodse, auf. Die Anführer und Organisatoren der Unruhen werden festgenommen. Waffen und Sprengstoffe in Besitz der Bevölkerung werden beschlagnahmt. Seit vier Tagen ist der Trans-

port in Georgien lahmgelegt. Eine komplizierte Situation entstand auch im Güterverkehr. Die Versorgung der Bevölkerung der Region mit Lebensmitteln ist beeinträchtigt. Wie TASS im Handelsministerium der Georgischen SSR erfährt, sind ausreichende Vorräte an Mehl, Zucker, Salz, Butter, Fleisch, Käse, Milch, Konserven und Streichholzern vorhanden.

Der 1. Sekretär des ZK der KP Georgiens, G. Gumbaridse, und der 1. Sekretär des Abchasischen Gebietskomitees der KP Georgiens, W. Tschischa, haben in ihrem Fernsehansprache an die Bevölkerung Abchasien appelliert, mit allen Mitteln zur Normalisierung der Lage beizutragen. Jegliche Versuche, Probleme mit Druckmethoden zu lösen, werden die Gegensätze nur noch verschärfen, betont sie. O. Tscherkesija, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten So-

wjets Georgiens, N. Tschitangawa, Vorsitzender des Ministerrates Georgiens, und andere Vertreter der Führung der Republik führen gemeinsam mit W. Tschischa und anderen abchasischen Parteil- und Staatsfunktionären eine intensive Aufklärungskampagne im Parteilaktivi, unter der Intelligenz, der Arbeiterklasse und Bauernschaft durch. Während zahlreicher Begegnungen mit der Bevölkerung und Arbeitskollektiven wird nach konstruktiven Lösungen gesucht, die zum Abbau der Spannung führen können. Eine Sonderkommission des ZK der KP Georgiens untersucht die Umstände, die zur Konflikt-situation geführt haben, und ergreift Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage. Die Parteil-, Staats- und Rechtsschutzorgane Georgiens und Abchasien kontrollieren die Situation in Suchumi und den umliegenden Bezirken.

Die Umgestaltung der Arbeit der Partei ist die Hauptaufgabe des Tages

(Fortsetzung)
 In der Partei müssen alle Bedingungen geschaffen werden, darunter auch im Statut, für die furchtlose Gegenüberstellung von Meinungen, die Aufstellung von Alternativen, die Nutzung verschiedener Verfahrenswesen zur Lösung verschiedener Probleme unter der Beibehaltung der Einheit in prinzipiellen Fragen und der Einheit strategischer Ziele. Eigentlich war es so zu Lebzeiten Lenins, als unter den schwierigsten Bedingungen eine weitgehende und feste innerparteiliche Demokratie gewährleistet wurde.

Weiter. Es sind enge Wechselbeziehungen zwischen der Partei und den verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen notwendig. Die Partei muß das ganze Spektrum der Meinungen in der Gesellschaft feinfühlig erfassen, rechtzeitig auf die sich hier ändernden Stimmungen reagieren. Aber sie kann nichts Unmögliches tun und das gesamte gesellschaftspolitische Spektrum ausfüllen. Und hierbei kommt man nicht ohne lebendige Verbindungen, ohne einen ständigen Dialog mit den Massenorganisationsformen und -bewegungen aus. Die Partei festigt ihre Positionen nur, wenn sie mit solchen Bewegungen mit der ganzen Gesellschaft zusammenarbeitet und all deren Lebensfähigkeiten, intellektuellen Kräfte zur Erarbeitung der allgemeinen Politik und der Aktionsprogramme heranziehen wird.

Und schließlich noch etwas. Für uns Kommunisten ist es vollständig klar, daß die KPdSU im Dienste des Volkes steht und sich unter seiner ständigen demokratischen Kontrolle befinden muß. Die KPdSU stellt sich freiwillig unter die Kontrolle der Volksmassen, darunter auch durch die Wahlen ihrer Vertreter auf die höchsten und für die örtlichen Machtorgane sowie für die Gewerkschaften und die gesellschaftlichen Organisationen usw. Durch diese und andere demokratische Verfahren führt die Partei einen ständigen Dialog mit der ganzen Gesellschaft über alle Fragen.

Das alles sind, Genossen, sozusagen allgemeine Gedanken zur erörternden Fragen. Es ist offenbar, daß jetzt, wo der Partei die praktische Aufgabe der Veränderung ihrer Arbeitsmethoden und der organischen Teilnahme an den gesellschaftlichen Prozessen im Rahmen der Umgestaltung und der politischen Reform erwachsen ist, benötigen einige prinzipielle Probleme eine konkrete Betrachtung und Erörterung.

Die Zentralfrage besteht hier gewiß im gegenseitigen Verhältnis zwischen der Partei und den Sowjets.

Ich denke, daß ich die notwendige Argumentierung nicht anzuführen brauche, daß die Parteiorganisationen, die ganze Partei im Rahmen des Gesetzes handeln müssen. Das ist ein politisches Axiom für uns, gleichzeitig bestimmt die Partei selbst durch ihr Programm und Statut ihre Aufgaben und Arbeitsmethoden. Ganz eindeutig müssen wir erklären, daß das politische System des Sozialismus und die radikale Reform ohne aktive Teilnahme der Partei undenkbar sind.

Im Zusammenhang damit möchte ich nochmals betonen, daß die Versuche, die Partei den Sowjets entgegenzusetzen, nicht den Aufgaben der Umgestaltung, den Interessen der Werktätigen entsprechen. Theoretisch unbegründet und politisch falsch sind auch die Vorschläge über die Verstaatlichung der Partei, über das Überwerfen der Partei dem Staat. Das ist eine Art der rückwärtigen Variante des administrativen Weisungssystems, sie hat nichts Neues an sich. Man muß entschlossen vorwärts gehen und sich von dem Leninschen Prinzip über die Aufteilung der Funktionen der Partei, der Sowjets und der Verwaltungsorgane leiten lassen. Wir haben diesen Weg eingeschlagen und werden ihn weitergehen.

Bei der Feststellung dieses prinzipiellen Herangehens sollen wir uns selbst offen sagen: Die alte Praxis des Parteidiktats gegenüber den Sowjets auf allen Ebenen ist längst überholt. Sie ist unannehmbar. Die neuen, demokratischen Formen und Methoden der Zusammenarbeit müssen sich, wie ich schon sagte, auf einer exakten Funktionsaufteilung zwischen der politischen Avantgarde der Gesellschaft einerseits und der Gewalt und Verwaltung, die zu den Sowjets übergehen, andererseits beruhen. Wir müssen die objektive Notwendigkeit dieses Herangehens begreifen und uns politisch sowie psychologisch umgestalten. Psychologisch, weil einige Genossen die Übergabe der Macht an die Sowjets fast als Weltkatastrophe wahrnehmen. Wenn wir, Genossen, darin eine Katastrophe erblicken wollen, so kann es nur ein Zusammenbruch eines deformierten Weltalls sein.

Sehr wesentlich ist die Diskussion über die Schaffung eines neuen Mechanismus der Zusammenarbeit zwischen der Partei und den Sowjets, über die politischen Einflußmethoden der Partei auf allen Ebenen. Es geht vor allem um die Erarbeitung der Politik und deren Durchsetzung durch die Sowjets. Diese Aufgabe betrifft nicht nur den ganzen Staat. Die Politik auf der Replikenebene und die auf der

Basis unterscheiden sich. Wie Lenin sagte, die Politik ist überall, wo es die Massen gibt. Und die Parteiorgane dürfen in den Volksmachtorganen politische Beschlüsse nur durch Überzeugung, Empfehlungen, demokratische Koordination, durch die in den Sowjets und ihren vollziehenden Organen tätigen Kommunisten durchsetzen.

Man muß zugeben, daß wir auf diesem Weg lediglich die ersten Schritte machen. Das betrifft sowohl das Zentralkomitee und sein Politbüro als auch die ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken und Parteikomitees der Regionen, Gebiete, Städte und Rayons. Die faktische Ersetzung der Sowjets durch die Parteiorgane ist bis jetzt gang und gäbe. Jetzt wird es zum Teil durch die Übergangsperiode, die wir im Moment erleben, gerechtfertigt. In der Sowjets noch nicht bereit sind, die ganze Macht zu übernehmen. Um sie erfolgreich durchzusetzen, fehlt es ihnen auch an entsprechenden gesetzgebenden Akten und an qualifizierten Kadern.

Im Zusammenhang damit möchte ich eine Frage, die mir oft die Sekretäre der Parteikomitees stellen, beantworten: Wie soll man heutzutage arbeiten, wenn die Sowjets noch nicht die ganze Verantwortung und Fürsorge im Rahmen ihrer Kompetenz übernommen haben? Aber daraus folgt doch nicht, Genossen, daß die Parteikomitees nach alten Methoden handeln können, ohne die sich grundsätzlich ändernde Situation in der Gesellschaft zu beachten.

Das Leben zeigt, daß viele Parteikomitees in der gegebenen Situation ihre Funktionen ziemlich erfolgreich realisieren, den Stil und die Methoden ihrer Arbeit ändern, die Rolle der Grundorganisations erhöhen, das Zentrum der organisatorischen und ideologischen Arbeit in die Massen verlagern und dafür weitgehend die Massenmedien verwenden. Wie die Erfahrung zeigt, ändern diese Arbeitsweisen ziemlich schnell die Atmosphäre im Rayon, in der Stadt, bringen die Parteiorgane den Werktätigen näher, erheben ihre Resultate sowohl in den Stimmungen als auch in der politischen und wirtschaftlichen Tätigkeit. Ein Beispiel dafür ist die Tätigkeit der Regionsparteiorganisationen Krasnodar und Stavropol, der Gebietsparteiorganisationen Lipetsk, Rostow, Saratow und anderer.

Und umgekehrt, dort, wo sich die Parteiorgane bei der Suche nach Neuem Rücksicht auf die Forderungen wenig Mühe geben, den alten Weg gehen, dort erfolgen die Umgestaltungsprozesse — das muß man offen sagen — langsam, schmerzhaft, was die Zufriedenheit der Menschen hervorruft. Dabei haben sich einige Genossen dermaßen an das Alte gewöhnt, daß sie nach der Abschaffung der Branchenabteilungen nach verschiedenartigen Schlupfwinkeln suchen, um diese Funktionen in Organisations- oder sozialökonomischen Abteilungen zu reproduzieren. Da ist, wie man sagt, nichts hinzuzufügen. Mit dergleichen Auffassung der Umgestaltung der Parteitätigkeit, der Organe, ihres Stils und ihrer Methoden kommt man nicht weit voran.

Ich möchte auch meine Überlegungen über die Frage der Arbeit der Kommunisten in den Organen der Sowjetmacht darlegen. Da gibt es wahrscheinlich offensichtliche Tatsachen, die keiner zusätzlichen Argumente bedürfen. Die Parteiorganisationen und die Partei im ganzen müssen eindeutig strikt verlangen, daß die Kommunisten, denen das Vertrauen geschenkt worden ist, in den Sowjets zu arbeiten, ein Beispiel der hohen Verantwortung für die ihnen übertragene Sache geben und selbstlos arbeiten, um die großangelegten und im allgemeinen früher unbekannt Aufgaben der Umgestaltung zu lösen.

Aber da entstehen auch neue Fragen, die wir sehen und entsprechend durchdenken müssen. Es handelt sich darum, daß sich der Volksdeputierten-Kommunist zur Zeit im doppelten Verantwortungssystem vor der Partei und den Wählern befindet. Wir können natürlich die Deputierten der Kommunisten von der Parteidisziplin, von der Erfüllung der Parteibeschlüsse nicht befreien. Aber ihre Deputiertentätigkeit auf die staatliche Durchsetzung der Parteianweisungen zu beschränken, wäre auch falsch.

Mir scheint, daß die Pflicht eines jeden Kommunisten-Deputierten ist, von einheitlichen Positionen aus in kardinalen Fragen zu handeln, die sich aus der politischen Strategie der Partei ergeben, aus den Beschlüssen des Parteikomitees des entsprechenden Niveaus eben in prinzipiellen Fragen. Ansonsten besteht vollständige Freiheit der Initiativen, Meinungen und Abstimmungen.

In der vergangenen Wahlkampagne hatten wir keine gebührende Klarheit in den Normen der Parteilith der Deputiertenkandidaten aus der Mitte der Kommunisten. Einige von ihnen führten sich im Grunde genommen wie unabhängige Kandidaten auf. Mir scheint, ein Kommunist muß vor allem die Wahlplattform der Partei behaupten, mit ihr die wichtigsten, prinzipiellen Grundsätze seines Programms vereinba-

ren und dieses mit konkreten Vorschlägen und Verpflichtungen bereichern.

Das ist in größerem Maße mit der Verschwommenheit der Positionen der Parteikomitees während der Wahlkampagne verbunden. Viele von ihnen waren nicht imstande, in der neuen demokratischen Situation, unter jenen Verhältnissen und in jener Atmosphäre, in der die Wahlen erfolgten, zu arbeiten. Obwohl wir diese Frage auf dem Plenum des Zentralkomitees erörterten und annahmen, daß uns eine unikale Wahlkampagne bevorsteht und wir darauf gefaßt sein müssen, daß wir auf vollkommen nicht standardmäßige Situationen stoßen werden. Auch die Wahlplattform wurde mit Rücksicht auf die Spezifik dieser Wahlkampagne vorbereitet und, wie ihr euch erinnern könnt, löste sie ein ziemlich lebhaftes Echo in der Gesellschaft aus. Viele Deputierte, sogar diejenigen, die von scharfen kritischen Positionen der Partei gegenüber ausgingen, schlossen in ihre Programme Leitsätze aus der Wahlplattform der KPdSU ein.

Das Unvermögen der Parteikomitees, auf überholtes Vorgehen zu verzichten, ihre Versuche zu diktieren und ihre Meinung aufzuzwingen, anstatt zusammen mit den Werktätigen gemeinsame Standpunkte auszuarbeiten und vereinbarte Kandidaturen vorzuschlagen, riefen in einer Reihe von Fällen bei den Wählern eine scharfe negative Reaktion und sogar bewußten Widerstand hervor.

Das brachte einen Teil von Kommunisten, die reale Autorität genossen und bei den Wählern Bestand fanden, in eine komplizierte Lage, manchmal entstanden sogar Konfliktsituationen. Ein nicht geringer Teil der Parteiarbeiter schlug nicht den besten Weg ein, blieb abseits derer wichtigen Kampagne, mit der wir Lösung wichtiger Aufgaben der ersten Etappe der politischen Reform verbanden.

Das alles, Genossen, muß gründlich überlegt werden. Ich weiß, daß diese Fragen in den Rayon-, Stadt-, Gebiets- und Republikparteiorganisationen diskutiert wurden und auch jetzt werden. Es ist wichtig, aus alledem die erforderliche Lehre für die Zukunft zu ziehen, besonders unter Berücksichtigung der neuen Aufgabe in der nächsten Etappe der politischen Reform.

Ich denke, niemand zweifelt daran, daß die bevorstehenden Wahlen der Volksdeputierten in die Republik und örtlichen Sowjets einen neuen Aufschwung der Politisierung der Massen auslösen werden. Die Partei muß bereit sein, in solch einer Situation aktiv zu handeln. Die Parteiorganisationen dürfen nicht während des Wahlkampfes Neutralität bewahren. Sie sind nicht berechtigt, sich dort in Schweigen zu hüllen, wo ein für die Wähler Einleuchtendes zu sagen ist. Die Parteiorganisationen müssen willens sein, unter verschiedenen, ich würde sagen, sogar unter außergewöhnlichen Bedingungen, eine sachkundige Arbeit mit Bevölkerung durchzuführen.

Die Arbeitsreformen und -methoden dürfen je nach der Konstellation der politischen Kräfte in den Regionen variiert werden, aber man kann eine ganze Reihe gemeinsamer Richtlinien solcher Tätigkeit aussondern; die Ausarbeitung der Strategie der Wahlkampagne; die Meinungsforschung; die Auswahl, Vorbereitung und Aufstellung der Deputiertenkandidaten (denn uns steht bevor, über 2 Millionen Deputierte zu wählen); die programmatische Sicherstellung der Wahlkampagne; die entsprechende ideologische Massenarbeit, einschließlich der Propagierung und der politischen Werbung für die Kandidaten; und schließlich die technische und finanzielle Seiten, die mit den Wahlen verbunden sind.

Es läßt sich vermuten, daß sich ein erster Kräftesturz schon während der Bildung der Wahlkommissionen, besonders während der Nominierung der Deputiertenkandidaten, entfalten wird. Hier soll in Betracht gezogen werden, daß nach den Wahlergebnissen der Volksdeputierten der UdSSR die Partei vor der Arbeiterklasse und Bauernschaft wegen mangelhaften Aufmerksamkeits gegenüber ihrer Vertreter einer gerechten Kritik unterzogen wird. Ich muß sagen, daß gerade das der Grund ist, weshalb das Ansehen der Parteikomitees in den Arbeitskollektiven und Grundorganisations der Partei sehr gesunken ist. Wahrscheinlich läßt sich auch das damit erklären, daß sich in vielen Regionen des Landes Diskussionen über die Garantien der Vertretung der Arbeitskollektive entfalten.

Also, Genossen, im Laufe von mehreren Jahren haben wir es uns angewöhnt, die Wahlen als einen scharfen politischen Kampf wahrzunehmen. Heute ist das zur Realität geworden. Es ist notwendig, daß wir dies in vollem Maße begreifen und die Partei unter Berücksichtigung dessen zum Handeln bei der bevorstehenden Wahlkampagne vorbereiten. Wir dürfen die Selbstgefälligkeit, die auf den vorigen Wahlen herrschte, heute nicht mehr zulassen. Sonst könnte die Partei ernste politische Verluste davontragen. Und noch eine Frage möchte

man im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen in den Republik- und örtlichen Sowjets ansprechen. Gegenwärtig wird in der Gesellschaft ziemlich reger die Frage über die Bekleidung der Funktionen der Parteisekretäre und der Vorsitzenden der Sowjets diskutiert. Wie Sie wissen, wurde diese Frage eifrig auf der XIX. Parteikonferenz diskutiert. Die politische Richtlinie der Konferenz trägt in dieser Hinsicht keinen kategorischen Charakter. Ich glaube, man sollte zur Lösung der Frage über die Bekleidung der Funktionen in jedem Falle konkret und vom Standpunkt der entstandenen politischen Situation herangehen. Zum Vorsitzenden des Sowjets kann im Prinzip ein jeder Deputierte werden, der Autorität genießt, unabhängig von seinem Posten und davon, ob er Kommunist oder parteilos ist. Wie es sich zeigt, entspricht solch ein Herangehen sowohl der Verfassung als auch der gegenwärtigen Entwicklungsetappe der Demokratie.

Auf neue Art sollten wir die Beziehungen der Partei nicht nur zu den Sowjets, sondern auch zu den anderen Bereichen des politischen Systems und vor allem zu den gesellschaftlichen Organisationen betrachten. Man muß offen gestehen, daß das alte Herangehen für uns unzulässig ist, indem die Partei eigentlich direkt die Arbeit der gesellschaftlichen Organisationen anleitet, was ihre Selbstständigkeit sogar bei der Lösung innerer Fragen beschränkte. Und wir müssen mit solch einem Anachronismus Schluss machen.

Dies bezieht sich in erster Linie auf die Gewerkschaften — der massenhaftesten Organisation der Werktätigen. Hierbei kommen noch die Folgen der früheren entstellten Wechselbeziehungen der Partei mit ihnen stark zum Ausdruck und das ist eine Ursache dessen, daß die Gewerkschaften heute langsam umgestaltet werden. Sie erfüllen noch bei weitem nicht in vollem Maße ihre Funktion von Vertretung und Vertretung der Interessen der Werktätigen. Und dies findet ihren Niederschlag darin, daß sich Probleme anhäufen und nicht gelöst werden. Eine Bestätigung dazu sind die jüngsten Ereignisse im Lande. Es stellt sich heraus, daß mehrere brennende Probleme, die sich auf die Arbeit und das alltägliche Leben, auf die sozialen und ökologischen Lebensbedingungen der Werktätigen beziehen, dauerhaft unbeachtet und unbehandelt blieben, was schließlich zu ihrer Zuspitzung und zu Konfliktsituationen führte.

Unter den Werktätigen sind ziemlich stark die kritischen Stimmungen hinsichtlich der passiven Position der Gewerkschaften zu diesen Fragen, die der gegenwärtigen Dynamik des gesellschaftlichen Lebens und der realen Sachlage nicht entsprechen. Unsere ganze Gesellschaft ist äußerst an einer Tätigkeitserneuerung der Gewerkschaften und daran interessiert, daß alle Probleme, die sich auf das Leben und die Werten der Arbeitskollektive beziehen, rechtzeitig berücksichtigt und ihre Lösung finden werden. Schlimmstenfalls werden wir auch künftig ernste Konfliktsituationen nicht vermeiden können.

Natürlich ist das, Genossen, vor allem ein Anliegen der Gewerkschaften selbst, des Gewerkschaftsaktivisten, der Mitarbeiter und letztlich der Werktätigen. Aber, wie ich schon gesagt habe, ist der Partei das Schicksal der Massenorganisation der Werktätigen nicht gleichgültig. Und wir haben das Recht, heute ernsthafte Ansprüche an die Kommunisten, die in den Gewerkschaften tätig sind, für die Unterlassungen und Mängel in der Arbeit zu stellen und an die Verantwortung für die anvertraute Sache vor den Massen, die ihnen ein großes Vertrauen erwiesen haben, zu erinnern. Und in der Zukunft sollten in die Gewerkschaften die angesehensten und fähigsten Kommunisten und nicht einfach diejenigen, die sich an deren Stellen nicht bewährt haben, empfohlen werden.

Auf neue Art sollten auch die Beziehungen zum Komsomol aufgebaut werden. In dieser Hinsicht gibt es direkte Hinweise des XXVII. Parteitages, der XIX. Parteikonferenz und der Beschlüsse des ZK der KPdSU. Und wenn wir ungeachtet dessen uns doch wieder dieser Frage zuwenden, so ist das dadurch motiviert, daß auch in dieser Organisation, die den äußerst dynamischen Teil der Gesellschaft vertritt, sich die Prozesse der Umgestaltung nicht gebührend entwickeln und sich langsam vollziehen. Man gewinnt den Eindruck, daß unser Komsomol dem Stadium der Diskussionen stecken geblieben ist, die, wenn auch kritisch scharf zielgerichtet, so doch vorläufig nur wenig konstruktives zur Umgestaltung dieser wichtigen politischen Organisation gegeben haben. Und wir Kommunisten sprechen darüber mit Besorgnis, denn wir können dabei nicht teilnahmslos bleiben. Das Schicksal des Komsomol ist untrennbar mit dem Schicksal der Partei und der Umgestaltung verbunden.

Gegenwärtig ist eigentlich die Wiederherstellung der Autorität

des Komsomol in dem Jugendmilieu, ja gar in der ganzen Gesellschaft, eine äußerst brennende Frage. Und dies kann man nicht erreichen, ohne die innere Struktur und das Leben der Komsomolorganisationen selbst umzugestalten. Es ist doch eine Tatsache, daß die heutige Organisationsstruktur, die Formen und Methoden der Arbeit den Komsomol verbürokratisiert, das Interesse der Jugend zu ihm geschwächt und, offen gesagt, zur Verbreitung von Nihilismus unter der Jugend gegenüber ihrer Organisation geführt haben.

Ungeachtet der kritischen Einstellung bei der Einschätzung der gegenwärtigen Tätigkeit des Komsomol, steht es außer Zweifel, daß im Lande eine politische Organisation der Jugend bestehen muß, die eng mit der Partei verbunden ist, unter ihrer Leitung und unter ihrem ideologischen Einfluß arbeitet. Das ist der Standpunkt sowohl der erwachsenen als auch der Jugend selbst. Der Hang der Jugend zu den sozialistischen Werten ist stark. Stark ist auch der Hang zur politischen Tätigkeit.

Im Jugendmilieu hat sich schon exakt die Meinung des Nichterlebensverständnisses mit den Anforderungen, den Komsomol aufzulösen, herausgebildet. Der Komsomol kann und muß in der Tat zu einer starken, politisch dynamischen Organisation der Jugend werden, die die Interessen der Jugend zum Ausdruck bringt. Doch eine so ernste politische Kraft kann der Komsomol erst mit seiner organischen Einschaltung in alle Prozesse des gesellschaftlichen Lebens, mit seiner Einbeziehung in die Formierung und in das Funktionieren der politischen Macht und der Leitungsorgane auf allen Ebenen werden.

Wir sehen die Hauptrichtung der Umgestaltung des Komsomol in der Gewährleistung seiner vollständigen organisatorischen Selbstständigkeit und seines Initiativcharakters. Selbst die Formierung der Reihen des Komsomol muß so verlaufen, daß er auf freiwilliger Grundlage die aktivsten, schöpferisch veranlagten, politisch intiativvollen Kräfte der Jugend in sich aufnimmt. Man sollte wahrscheinlich keine hundertprozentige Mitgliedschaft im Komsomol anstreben, wie das bis zur jüngsten Zeit der Fall war.

Wir müssen alles nah zu Herzen nehmen, was im Komsomol geschieht, wir müssen gegenüber unseren jungen Mitstreitern für unsere Idee und die Umgestaltung äußerst aufmerksam sein und große Verantwortung für das Schicksal des Komsomol verspüren. Es ist jedoch unzulässig, daß ein Extrem, das in der Vergangenheit der Fall war und mit ungerechtfertigter Einmischung, mit Herumkommandieren und kleinteiliger Bevormundung gegenüber dem Komsomol verbunden war, jetzt durch Gleichgültigkeit und mangelhafte Aufmerksamkeit ihm gegenüber abgelöst würde. Und das gibt es mancherorts bereits. Wie nie zuvor sind heute enges, kameradschaftliches Zusammenwirken zwischen den Partei- und Komsomolkomitees, zwischen den Partei- und Komsomolorganisationen, zwischen den Kommunisten und Komsomolmitgliedern notwendig. Die Umgestaltung ist eine Revolution, und die Jugend ist berufen, deren aktive und engagierte Triebkraft zu sein.

Heute gilt es sich auch über die Herangehensweisen an die sogenannten informellen gesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen zu äußern. Sie nehmen immer weiter zu, werden immer aktiver und reifen selten die Initiative bei der Einwirkung auf die Stimmung der Massen an sich. Wie sollen wir auf all das reagieren?

Die Alternativprogramme der Lösung der sich im Lande angehäuft wichtigen Probleme tragen zu einer gründlicheren Einsicht in die jeweiligen Probleme und Ursachen und helfen, effektive praktische Schritte vorzunehmen. Diese Bewegungen regen schon allein durch ihr Bestehen die Partei-, Sowjet-, Staats- und Wirtschaftsorgane an, effektiver zu handeln, mehr Flexibilität und operativen Charakter zu zeigen.

Bei der Einschätzung unterschiedlicher informeller Gruppen, Organisationen und Bewegungen müsse die Parteiorganisation differenziert, unter Berücksichtigung ihres Stellenwertes und ihrer Rolle im gesellschaftspolitischen Bereich vorgehen. Wir können schon jetzt, vor realen Erfahrungen ausgehend, konstatieren, daß diese Organisationen in ihrer absoluten Mehrheit für die Vertiefung der Umgestaltung, die weitere Demokratisierung, die Erhaltung der Umwelt und die Entwicklung des historisch-kulturellen Erbes eintraten aufrichtig um das Schicksal der Stadt, des Rayons, des Gebiets, der Republik und des gesamten Staates besorgt sind. Natürlich sind für jede Organisation eigene Standpunkte, eigene Methoden zum Erreichen der Ziele kennzeichnend, was häufig aufmerken läßt. Doch das sollte uns nicht die objektive Übereinstimmung ihrer positiven Ziele mit den Zielen der Umgestaltung verhüllen. Das bietet gerade die Grundlage für ein Dialog und für ein Zusammenwirken

mit ihnen. Davon sollten wir uns leiten lassen.

Doch eine ebenso klare Stellung müssen wir auch hinsichtlich der destruktiven Elemente in einigen Initiativorganisationen und gesellschaftlichen Bewegungen einnehmen. Wir dürfen deren antisozialistischen Ansichten und gesellschaftswidrigen Handlungen nicht dulden, müssen deren Tätigkeit rechtzeitig gehörig abschätzen und ihnen eine Abfuhr erteilen. Das ist jedoch nur eine Seite der Sache.

Unserer Aufmerksamkeit darf nicht entgehen, daß die destruktiven Elemente mit den Schwereigenschaften unseres heutigen Lebens, mit der Ungelöstheit vieler Probleme dort spekulieren, wo die brennenden Lebensfragen der Werktätigen ohne die gehörige Aufmerksamkeit seitens der Staats- und Wirtschaftsorgane, außerhalb des Blickfeldes der Parteiorganisationen bleiben. Es gilt, daraus die nötigen Schlüsse für die Arbeit zu ziehen.

Mit einem Wort, Genossen, wir dürfen nicht hinter dem sich rasch ändernden Leben zurückbleiben, wir müssen an Tempo gewinnen, die Prozesse der Umgestaltung des politischen Systems anleiten, mit allen Massenorganisationen aktiv zusammenwirken, ihrer Tätigkeit eine konstruktive Ausrichtung verleihen und sie in das gemeinsame schöpferische Aufbauwerk einbeziehen.

Und nun zur Veränderung der Rolle der Partei in der sozialökonomischen Sphäre unter den Bedingungen der Umgestaltung.

Ich möchte zunächst meine feste Überzeugung zum Ausdruck bringen, daß sich die Partei in Zukunft und erst recht heute nicht von der Wirtschaft abenden, nicht auf ihren politischen Einfluß auf die sozialökonomische Sphäre und nicht auf die Verantwortung für ihren Zustand verzichten kann, da hinter all diesem das Leben der Sowjetmenschen steht.

In letzter Zeit spüren wir alle, wie rapide der Druck ökonomischer Probleme auf die politische Situation erstarbt ist. Gerade in der Wirtschaft wurzeln die wachsenden Spannungen in der Gesellschaft. Und gerade hier muß vor allem die Partei nach einem Weg aus der entstandenen Lage suchen. Ich habe jetzt nicht die Absicht, Ihnen ein umfassendes Bild des heutigen Stands der Wirtschaft zu geben. Es ist ziemlich allseitig und gründlich auf dem ersten Kongreß der Sowjets beschrieben worden. Diesbezüglich hat der Kongreß, wie Sie wissen, dem Obersten Sowjet und der Regierung der UdSSR entsprechende Aufträge erteilt.

Es geht vor allem um die Beschließung von Entscheidungen, ich möchte sogar sagen von Sondermaßnahmen, zur Normalisierung der Lage auf dem Verbrauchermarkt. Besonders hervorgehoben wird die Aufgabe an Waren des täglichen Bedarfs, deren Absatz jetzt mit großen Störungen erfolgt, normiert wird und deren Mangel bei den Menschen größten Anstoß erregt. Die Regierung befaßt sich jetzt damit praktische Maßnahmen zu ergreifen. Dafür werden alle Reserven innerhalb des Landes genutzt. Außerdem wurden Möglichkeiten ermittelt, den Markt durch den Import von Waren im Wert von ungefähr zehn Milliarden Rubel aufzufüllen.

Diese brennenden, aktuellen Probleme lösend, arbeitet die Regierung mit Rücksicht auf die reale Situation, die in der Wirtschaft des Landes entstanden ist, den Plan und den Haushalt für 1990 sowie den Entwurf für die 13. Fünfjahrplanperiode aus. In beiden Fällen wird die Aufgabe gestellt, die Wirtschaft den sozialen Bedürfnissen des Menschen entschlossener zuzuwenden und in erster Linie die Lebensmittelversorgung zu verbessern, das Ausmaß des Wohnungsbaus zu erweitern, den Gesundheitsschutz zu verbessern und ökologische Probleme zu lösen — das ist alles, was die Bedingungen des Alltagslebens der Menschen bestimmt. Entsprechende konkrete Vorschläge werden im Obersten Sowjet der UdSSR erörtert und danach dem zweiten Kongreß der Volksdeputierten eingebracht werden.

Die Aufgabe der radikalen Verbesserung der Wirtschaftslage muß im Blickpunkt der Tätigkeit aller Parteiorganisationen stehen. Wollen wir die Bemühungen der Parteiorganisationen und der breiten Öffentlichkeit auf die Ermittlung von Reserven in der Republik, in der Region, im Gebiet, in der Stadt, im Rayon, im Dorf, überall, wo es sie gibt, abzielen. Ich möchte mich aber nicht nur auf diese Mahnung beschränken. Die Information, die bei uns aus größeren Industriezentren einfließt, zeugt von der Unzufriedenheit der Menschen damit, wie die Fragen der Verbesserung der Bedingungen des Alltagslebens gelöst werden. Davon mußte ich mich diese Tage nochmals beim Besuch Leningrads überzeugen. Ich muß offen sagen: Die Menschen sind sehr kritisch gestimmt und wollen sich mit allerlei Verzögerungen und Unbeholfenheit, Verantwortungslosigkeit, der Gleichgültigkeit der Staats- und Wirtschaftsorgane sowie der Parteikomitees nicht zufriedengeben. Die Menschen wissen, daß wir solche Probleme haben, für de-

ren Lösung viele Ressourcen und bestimmte Zeit erforderlich sein werden. Sie wollen und werden sich aber nicht damit zufriedengeben, daß es keine Wandlungen in den Fragen gibt, die schon bei den jetzigen Möglichkeiten gelöst werden können. Im Zentrum sowie an der Basis muß man einsehen: Um die Situation zu verändern, steht uns nur wenig Zeit zur Verfügung. Das ist die Realität. Davon muß man in seiner Arbeit ausgehen.

Nun möchte ich unserer Betrachtung die Tätigkeit der Partei und aller ihrer Stufen im Wirtschaftsbereich unter den Bedingungen der Auseinanderhaltung der Funktionen der Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane bzw. der Verwirklichung der durchgreifenden politischen und wirtschaftlichen Dezentralisierung zur Diskussion stellen, die die ganze Gesellschaft erfaßt.

Wir durchleben eine Art Übergangsperiode, die dadurch gekennzeichnet ist, daß bei uns — ob wir das wollen oder nicht — gleichzeitig sowohl alte Formen der Organisation der Wirtschaftsführung und des politischen Lebens als auch neue Herangehensweisen, die allmählich an Kraft gewinnen, nebeneinanderbestehen. Demgemäß verflücht sich auch in der Arbeit der Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane das Neue und das Alte. Darin liegt gerade die Schwierigkeit und Widersprüchlichkeit des Moments. Da gibt es aber nichts Unerwartetes und Merkwürdiges. Allerdings gilt es schon heute, um so mehr in der Perspektive, gründlich zu erfassen, wie die Rolle der Partei im Wirtschaftsbereich bei der Umgestaltung sein muß. Man muß das begreifen, um Schritt für Schritt auf alte Methoden zu verzichten und dem Neuen den Weg zu ebnen. Das wird nicht von selbst geschehen. Mehr noch, die Gewohnheiten, die in uns tief wurzeln, werden stets von sich wissen lassen. Und das spüren wir schon alle.

Prinzipielle Meinungen wurden diesbezüglich schon geäußert. Was die Wirtschaft betrifft, so ist hier die Rolle der Partei unentbehrlich, da sie die Gesellschaft mit wissenschaftlich fundierter und sozial orientierter Wirtschaftspolitik ausrüsten muß. Mit dieser These sind scheinbar alle einverstanden, da gibt es keine Diskussionen. Es gilt aber, den Sinn dieser prinzipiellen These gemäß der konkreten Tätigkeit verschiedener Parteistufen zu erschließen.

Man braucht nicht zu verhehlen, daß bis zum heutigen Tage viele der Meinung waren, daß die Erarbeitung der Wirtschaftspolitik eine Angelegenheit des Zentrums ist. Nein, Genossen, mit der Erarbeitung der Politik muß man sich auf allen Parteebenen beschäftigen. Im Rahmen der allgemeinen sozialökonomischen Konzeption steht doch die Aufgabe ihrer Konkretisierung in Hinsicht auf die Bedingungen der Republiken und verschiedenen Regionen. Das ist unter den Bedingungen des Übergangs unserer gesamten Wirtschaft nicht nur der Produktionskollektive, sondern auch ganzer Republiken und Regionen, zur Selbstverwaltung, Eigenwirtschaftung und wirtschaftlichen Rechnungsführung um so mehr lebensnotwendig. Ich würde sagen, daß jede Republik, jede Region, jedes Gebiet ein durchdachtes Programm zur sozialökonomischen Entwicklung besitzen muß.

Bei der Begründung dieser Verfahrensweise stützen wir uns auf die realen Prozesse, die bereits im Gange sind. Den Parteiorganisationen, die das rechtzeitig verstanden und entsprechend gehandelt haben, muß Anerkennung gezollt werden. Durch ein solches Herangehen wurden im ZK der Kommunistischen Partei Unbekanntes sehr interessante Vorschläge erarbeitet. Gegenwärtig werden diese von den Planorganen des Landes geprüft. Wir wissen, daß die baltischen Republiken und Belorussland Initiativen entwickelt haben, bereits vom nächsten Jahr an zur wirtschaftlichen Rechnungsführung im Republikmaßstab überzugehen. Und man hat dafür eine gewaltige Arbeit geleistet, deren Ergebnisse im Staatlichen Plankomitee der UdSSR erörtert wurden und jetzt in den Kommissionen und Komitees des Obersten Sowjets der UdSSR geprüft werden.

Für uns sind besonders die bei der Arbeit der Parteiorganisationen eingeholten Erfahrungen wichtig, die bereits reale Resultate erbringen. Wer im Gebiet Witebsk war, wird sich die Frage stellen: Warum gibt es hier in den Geschäften mehr Waren als in anderen Regionen, warum sind die Lebensmittelregale nicht leer? Dabei interessiert die Menschen besonders, was hier geschehen ist, weil sie wissen, daß dieses Gebiet vor kurzem eines der rückständigsten war. Was ist also geschehen? Es gibt eine Antwort auf diese Frage, Genossen. Der Schlüssel zum Verständnis dessen, was sich vollzogen hat, ist die Position des Gebietskomitees der Partei. Die Parteiorganisation hat vor einigen Jahren ein solches Programm zur sozialökonomischen Wiedergeburt des Gebiets erarbeitet, das nicht nur von der Führung der Republik, sondern, für de-

Die Umgestaltung der Arbeit der Partei ist die Hauptaufgabe des Tages

(Fortsetzung)

das ist die Hauptsache, von allen Werktätigen des Gebietes sehr unterstützt wurde. Der Kampf für seine Erfüllung wurde die Sache aller Menschen. Es wurden Möglichkeiten für die soziale Entwicklung der Städte und Siedlungen gesucht. Zur Lösung dieser Fragen wurden alle Betriebe, unabhängig von ihrer ressortmäßigen Unterstellung herangezogen. Besonders viel wurde auf dem Lande getan. Die Hauptaufgabe ist, daß sich all das in den letzten Umgestaltungsjahren vollzogen hat. Das ist also eine Verfahrensweise und ihre Ergebnisse.

Ich könnte Ihnen auch anhand anderer Beispiele aufzeigen, wo sich ziemlich tiefgreifende Veränderungen in der gesamten Tätigkeit der Parteiorganisationen vollziehen. Aber ich denke, sie kennen die Anschrift dieser Erfahrungen, und viele von ihnen hatten persönlich die Möglichkeit, sich damit bekannt zu machen. Aber, wie man so schön sagt, eine Schwabe macht noch keinen Sommer. So ist es auch in diesem Fall.

Viele Parteikomitees zögern damit, sich in die Umgestaltung einzuschalten, denken sehr lange und quälend wie weiß wober nach. Während ich so spreche, verstehe ich natürlich, daß in vielen Regionen die Wirtschaft in einer schweren Lage ist und daß es nicht einfach ist, sie aus diesem Zustand herauszuführen. Und dennoch, Genossen, zeigen die Veränderungen, die sich in solchen Gebieten, wie in Kaluga, Orlov, Rjasan, Witebsk vollziehen, daß es auch in der aller-schwersten Situation reale Möglichkeiten gibt, um wesentliche Veränderungen zu erreichen.

Wenn ich das sage, so erinnere ich mich in erster Linie an solche Parteiorganisationen, wie zum Beispiel in Krasnojarsk, in Tscheljabinsk, in Gorki, in Nowosibirsk, Kulijschew, Saporoschje. Alle diese Regionen verfügen über gewaltige potentielle Möglichkeiten. Und es ist die Aufgabe der Parteiorganisationen, all diese Möglichkeiten zur Verbesserung der sozialökonomischen Situation in den Regionen auszunutzen.

Die neue Rolle der Parteiorganisationen in der Sphäre der Ökonomie berührt auch eine so wichtige Richtung unserer Umgestaltung, wie die ökonomische Reform. Über die Reformen wird hart diskutiert. Es werden verschiedene, manchmal ganz extreme Standpunkte zum Ausdruck gebracht. Es existiert die Meinung, daß die Reform nichts gebracht hat und das man zur Wirtschaft der Zeit vor der Umgestaltung zurückkehren müßte. Menschen mit solchen Ansichten wollen keine Fakten beherzigen und keine Lehren aus der Vergangenheit und aus der realen Erfahrung ziehen.

Ein anderes Extrem wäre es, sich ganz und gar der Elementarkraft des Marktes zu ergeben und durch das freie Preisenspiel auf dem Markt automatisch Angebot und Nachfrage, Tempo und Proportionen in der Produktion zu regulieren. Das ist ein vereinfachter Standpunkt. Unter den Bedingungen einer ausgewogenen Ökonomie kann die Elementarkraft des Marktes schwere Folgen für das Volk nach sich ziehen, ruft eine unaufhaltbare Inflation hervor, fördert die Spekulation und bringt andere negative Erscheinungen hervor.

Insgesamt muß man sagen, daß ein unregelmäßiger Markt ein Anachronismus und für einen Staat mit einer modernen Wirtschaft eine Sache der Vergangenheit ist. Und um einen sozialistischen Markt zu formieren, muß das Finanz- und Kreditssystem sowie das Steuersystem umgestaltet werden: muß man den Monopolismus abschaffen und zu neuen Prinzipien der Preisbildung übergehen. Und das alles muß im Rahmen der ökonomischen Reform verwirklicht werden.

Wir sind der Meinung, daß wir keine Gründe dazu haben, von der beschlossenen Reformkonzeption abzuweichen. Eine andere Sache ist, daß man sie nicht als etwas Unantastbares, Erstarretes betrachten darf. Sie muß sich entwickeln, indem sie durch neue Erfahrungen und Schlußfolgerungen erweitert wird. Und das Wichtigste ist, kühner und konsequenter vorwärtszuschreiten, Widerstände, Starrheit, das Fehlen von Kompetenz zu überwinden, worüber bereits mehr als einmal gesprochen wurde.

Die Reform wird mit Recht für ihren von Halbbheiten gekennzeichneten Charakter kritisiert. Im Gesetz steht es so, die Durchführungsbestimmungen blockieren jedoch auf der Ebene der zentralen Staatsorgane, der Zweige und ihrer Leitungseinheiten die Reform. Auf Schritt und Tritt klagen die Menschen darüber, daß sie in ihrer Tätigkeit wie auch früher an Händen und Füßen gebunden sind. Ich denke, daß das Zentralkomitee darüber nachdenken und die Tätigkeit der Kommunisten, die für die Realisierung der Reform verantwortlich sind, einschätzen muß.

Aber es gibt auch Schwierigkeiten auf der Ebene des Hauptbereichs bei der Durchsetzung der Reform. Auch hier werden unter allerlei Vorwänden der Prozeß des Überganges zu den neuen Wirtschaftsformen, die die

wirtschaftliche Rechnungsführung und die Selbstverwaltung angehalten. Das kommt in den Industriebetrieben, auf den Bauplätzen, in den Kolchozen und Sowchozen vor. Ich muß sagen, daß die Menschen den Eindruck bekommen, daß es auf verschiedenen Verwaltungsebenen des Landes Kräfte gibt, die die Wirtschaftsreform bremsen. Bei den Treffen mit den Arbeitern, Arbeitskollektiven stellt man direkt die Frage, ob es nötig wäre, Komitees zum Schutz der Umgestaltung der Durchsetzung der Wirtschaftsreform zu organisieren.

Die Unzufriedenheit damit, wie die Fragen, die mit der Entwicklung der Selbstständigkeit, der Selbstverwaltung in Arbeitskollektiven verbunden sind, gelöst werden, offenbart sich am schärfsten in Kusbass. Die Arbeiter sagen frank und frei, daß ihre mehrmaligen Appelle an die Gebiets-, Branche- und zentrale Verwaltungsorgane weder Verständnis noch Unterstützung gefunden haben. Dabei bereifen die Menschen, daß die Lage im Lande gespannt ist, daß der Staat über keine flüssigen Ressourcen verfügt. Und davon ausgehend, stellen sie die Frage über die Überlassung der Möglichkeit, die Wirtschaft selbstständig zu führen, um selbst die Mittel für die Lösung sozialer Probleme, die in Kusbass einen dramatischen Charakter bekommen haben, zu verdienen.

Sie wissen, daß nach Kusbass eine aus den Genossen Sllunkow, Woronin und Schalajew zusammengesetzte Kommission abgesandt wurde, die beauftragt ist, am Ort mit der Teilnahme der Bergarbeitervertreter, eine Lösung der entstandenen Probleme zu finden.

Jetzt, Genossen, hat sich der Schwerpunkt auf die praktische Verwirklichung der Reform verlagert. In dieser Etappe ist für die Parteiorganisationen wichtig, die öffentliche Meinung, die Arbeit aller Staats- und Wirtschaftsorgane für die Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse auf Grund der Formvielfalt des gesellschaftlichen Eigentums, der Festigung des sozialistischen Distributionsprinzips, der Bildung eines regulierbaren Marktes, zu beeinflussen. Das ist eine sehr komplizierte und wichtige Aufgabe.

Gewiß uns steht bevor, noch vieles für die Vervollkommnung der wirtschaftlichen Gesetzgebung, für die Umgestaltung der Arbeit der zentralen Gewaltorgane zu tun. Damit sind jetzt sowohl der Oberste Sowjet der UdSSR und die Regierung als auch wirtschaftliche Verwaltungsstellen beschäftigt. Dabei muß man offen sagen: Wenn wir die Wirtschaftsreform mit einer vielseitigen, argumentierten und ständigen organisatorischen und ideologischen Massenarbeit unzulänglich untermauern, so wird sie gar nicht oder nicht reibungslos vonstatten gehen, was im Volk nur Unzufriedenheit hervorruft.

Gleichzeitig sollen wir, Genossen, berücksichtigen, daß unsere tiefgreifende Reform nicht dafür gedacht ist, allen ein ruhiges Leben durch garantierten Lohnfonds sicherzustellen. Das sollen wir alle gut begreifen. Die geringste Vorwärtsbewegung auf dem Weg der Reform bedarf auf dem Weg einer Veränderung der Einstellung der Arbeit gegenüber neuer Methoden, das heißt, sie zerstört den gewohnten Komfort. Das hat oft zur Folge, daß die Menschen mit Unruhe auf das Neue reagieren, sofort ins Zentrum zu signalisieren beginnen, anstatt in ihre Arbeit Korrekturen einzutragen. Und das ist darauf zurückzuführen, daß der Übergang zum neuen Wirtschaftsmechanismus weder politisch noch ideologisch vorbereitet wird.

Der Sinn der Reform besteht gerade darin, die Initiative, Unternehmungslust, die Suche nach Neuem, gewissenhafte Arbeit zu stimulieren. Und wer schlecht arbeitet, seinen Pflichten ungewissenhaft nachgeht, auf alte Art und Weise handelt, der soll es durch seine Einkünfte zu spüren bekommen.

Das Prinzip des Erzielens von Geldmitteln entfaltet sich noch nicht im vollen Umfang, wurde noch nicht von den Werktätigen begriffen. Nach den langen Herrschaftsjahren der alten Wirtschaftsmethoden schlugen die Schmarotzerideologie und die Gleichmacherei tiefe Wurzeln in der Menschenpsychologie. Das ist Schritt für Schritt abzuschaffen, ohne es zu zulassen, daß das falsch begriffene Prinzip der sozialen Gerechtigkeit das Vorschreiten der Kollektive und der ganzen Gesellschaft auch weiterhin bremst. Die Reform ist zu schützen vor allerlei Entstellungen, Deformationen, jeder Offenbarung des Gruppenegoismus, vor Versuchen, die gewährten Rechte der Betriebe auf Erhöhung von Einkünften nicht durch effektive Arbeit, sondern durch ein Hochtreiben der Preise für die hergestellte Produktion zu mißbrauchen.

In der letzten Zeit sind wir mit solch einer Erscheinung zusammengestoßen wie die ultimativen Forderungen den Lohn zu steigern und die sozialen Probleme zu lösen, ohne sie mit den Endresultaten der Betriebstätigkeit zu verbinden. Oder nehmen wir die Genossenschaften. Wir sind für die Genossenschaften, die das Le-

ben der Menschen verbessern helfen. Es muß gesagt werden, daß einer der Punkte der Forderungen der Bergleute in Kusbass darin besteht, die Genossenschaften in der Gemeinschaftspflege, Medizin und in der Verarbeitungsindustrie zu schließen. Es ist natürlich nicht kompliziert, diese zu schließen. Das ist der leichteste Weg. Ob es aber der beste ist? Wir haben doch den Beschluß gefaßt, die Republiken, Regionen und Gebiete die Rechte zu geben, solche Mechanismen, sowohl ein Steuersystem auszuarbeiten, daß alles an der Basis reguliert würde.

Natürlich, wir sind kategorisch gegen die Raffiger und jene, die bestrebt sind, sich auf Kosten der Bevölkerung auf dem Weg der Spekulation mit Mangelwaren und Dienstleistungen und besonders, was die Lebensmittel betrifft, zu bereichern. Und wir müssen diesbezüglich Ordnung schaffen, ohne es auf die lange Bank zu schieben. Das, woran die Region interessiert ist, muß man stimulieren — Vorzugssteuer festlegen, mit Baumaterialien, Ausrüstungen austauschen usw. In anderen Fällen muß man die Einkünfte beschränken und dort, wo die Prinzipien unserer Sozialpolitik offensichtlich verletzt werden, kann man es auf die Einstellung der Tätigkeit der Genossenschaft ankommen lassen. Das ist doch alles in der Macht der örtlichen Sowjets.

Das alles bekommt eine politische Färbung und betrifft daher unmittelbar die Parteiorganisationen. Natürlich, die Gründe solcher negativen Erscheinungen liegen in vielem darin, daß der neue Wirtschaftsmechanismus unvollständig ist. Aber man muß die Tatsache im Auge behalten, daß der Wirtschaftsmechanismus, wie vollkommen er auch ist, nicht imstande ist, alle im sozialökonomischen Leben entstehenden Situationen zu lösen. Es bleibt ein riesiges Betätigungsfeld für die Arbeit mit den Menschen übrig. Das ist die Harmonisierung der Verhältnisse im Kollektiv, zwischen dem Kollektiv und der Gesellschaft, zwischen verschiedenen sozialen Gruppen, die Verbindung ihrer Interessen.

Diese und andere Fragen müssen im Mittelpunkt des Interesses der Parteiorganisationen stehen. Selbst wo die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Wirtschaftseinheiten der Republik und örtlichen Machtorgane anwächst, müssen sich die Parteikomitees entschieden davon lossagen, womit sie sich lange Jahre vorwiegend beschäftigt haben — von der Abwechslung der Betriebsleiter der örtlichen Sowjets.

Es steht ein konsequenter Übergang von unmittelbaren Direktiven und Anweisungen zum System des politischen Einflusses auf die Ökonomie — durch die organisatorische und ideologische Arbeit im Kollektiv, durch ökonomische Interessen, sittliche Werte, Psychologie der Menschen und natürlich durch alle Kommunisten, die im Bereich der Ökonomie arbeiten und vor allem durch die leitenden Kader.

Den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen, der neuen Erfahrung der Massen, dem gegenwärtigen Charakter und dem Stand des gegenwärtigen gesellschaftlichen Bewußtseins muß eine neue Konzeption der ideologischen Tätigkeit der Partei entsprechen. Ihre Gestaltung und praktische Verwirklichung ist eine Frage, die genauso kompliziert und schwer ist, wie die Umgestaltung in der Ökonomie. In der sozialen Sphäre, in welcher sich noch schwerer, insofern es sich um das Bewußtsein handelt, die ideologisch-theoretische Arbeit der Partei muß einen voraussetzenden Charakter tragen, der der möglichen Entwicklung der Ereignisse zuvorkommt.

Die Befreiung der Parteistrukturen von den Funktionen, die ihnen nicht eigen sind, ermöglicht es endlich, die ideologische Arbeit zur wichtigsten Richtung der Tätigkeit der Partei zu machen. Man darf darüber nicht hinwegsehen, daß in den Jahren des Personenkults und der Stagnation der Inhalt der marxistisch-leninistischen Ideologie, die Organisationsprinzipien, die Mittel und Methoden der ideologischen Tätigkeit der Partei wesentliche Deformationen erlitten haben. Die Ideologie wurde den momentanen Interessen angepaßt, man versetzte sie in die Lage der Dienstmagd der laufenden Angelegenheiten. Aus ihr entfernte man das revolutionär-kritische Wesen, schmälerte die Funktion der Erneuerung und der Überzeugung, löste sie in bedeutendem Maße von den Massen los, trieb sie in die Kabinette und Zirkel. Das alles widerspricht völlig den Traditionen des Bolschewismus, nie von der Partei zur Zeit Lenins begründet worden sind.

Man muß offen sagen, daß die Abschwächung der theoretischen und ideologischen Arbeit in den Massen zur allgemeinen Abschwächung der Tätigkeit der Partei geführt hat. Und das kam mit größter Anschaulichkeit und besonderer Spannung während der entscheidenden Wende zum Ausdruck, als die Gesellschaft den Weg der tiefgehenden Umgestaltungen beschritten hatte. Die dogmatisierte ideologische Arbeit bestand die Prüfung durch die Umgestaltung nicht.

Ich glaube, ihr werdet damit einverstanden sein, Genossen, daß, obwohl das reale Leben der Umgestaltung Impulse gegeben hatte, begann sie im Grunde genommen in der ideologischen Sphäre, mit der Überwindung der Krise in der Ideologie. Man kann heute diskutieren, was uns in dieser Zeit gelungen ist und was nicht. Aber eins ist klar: Hätten wir das nicht, was von der Partei im Bereich der Theorie und Ideologie der Erneuerung gemacht worden ist, so wäre die Umgestaltung einfach nicht real, nicht denkbar.

Uns ist es gelungen, und mir scheint, daß ich dabei nicht übertriebe, sehr wichtige, umfassende theoretische Verallgemeinerungen und Schlüsse zu ziehen, was sowohl die Welt von heute, in der wir real leben, als auch das Erfassen der vorangehenden Entwicklungsetappen der sowjetischen Gesellschaft betrifft. Ich würde sagen, es hat ein eigenartiger Durchbruch im Bereich der Theorie und der Ideologie begonnen. Doch wir haben ihn noch nicht gehörig genutzt, um eine breite Offensive zu entfalten. Das Zurückbleiben in dieser Richtung der Tätigkeit nehmen ernsthaft sowohl die Kommunisten als auch die ganze Gesellschaft wahr.

Wir benötigen tatsächlich Antworten auf die fundamentalsten Fragen. Wie stellen wir uns die Gesellschaft vor, die wir anstreben? Worauf verzichten wir, was erben und nutzen wir, um über die Umgestaltung einen qualitativ höheren Stand des Sozialismus zu erreichen? Kommt man darauf zu sprechen, so ist heute nur die allgemeine Gestalt dieser Gesellschaft umrissen. Die revolutionären Umwandlungen aber erfordern eine entfaltete Konzeption, die sämtliche Lebensbereiche der künftigen Gesellschaft erfaßt.

Sowohl unter den Theoretikern und Gesellschaftswissenschaftlern als auch in den breitesten Kreisen der Intellektuellen, in der Partei und in der Gesellschaft wächst das Interesse für diese Probleme der Bedarf, sich in ihnen Klarheit zu verschaffen, wird immer spürbarer. Das Zurückbleiben in dieser Richtung, das entstehende Vakuum wird sofort mit verschiedenen Versionen, Ideen und Konzeptionen gefüllt, die der Wissenschaft und den ureigenen Interessen der Werktätigen nicht selten sehr fern stehen.

Es läßt sich auch das Bestreben erkennen, das ideologische Denken ausschließlich auf die kritische Analyse der Vergangenheit zu beschränken. Aber eine Analyse der Vergangenheit lohnt sich nur dann, wenn uns nicht einfach Neugier und das Bestreben zur Selbstbeschuldigung bewegen, sondern vor allem der Wunsch, Lehren zu ziehen, die wir zum Erfassen der Gegenwart und vor allem — zur Ausarbeitung von Wegen in die Zukunft brauchen.

Wie zugespielt unsere heutigen Sorgen auch sein mögen, dürfen wir auch für keinen einzigen Augenblick unsere grundsätzlichen Orientierungspunkte verlieren, wir haben nicht das Recht, ein Mißtrauen gegenüber der Theorie, der Entwicklung des gesellschaftlichen Denkens zuzulassen. Bei uns bilden sich allmählich so manche qualitative Ausdruckspositionen in der Charakteristik des qualitativ neuen Standes der Gesellschaft heraus, und sie finden gewisse Anerkennung in den wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Kreisen.

Es geht darum, daß es eine Gesellschaft freier Menschen, eine Gesellschaft des Menschen der Arbeit und für den Menschen der Arbeit ist, die auf den Prinzipien des Humanismus, der sozialistischen Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit aufgebaut wird.

Es ist eine Gesellschaft, die auf der Vielfalt von Formen des gesellschaftlichen Eigentums beruht und die dem Menschen das Recht geben, sein eigener Herr zu sein und ihm uneingeschränkte Möglichkeiten zur Entfaltung seiner Initiative und Fähigkeiten gewähren. Die Wirtschaftsentwicklung beruht auf der Selbstregelung bei koordinierender Rolle des Wirtschaftszentrums.

Es ist eine Gesellschaft, die die Vollmacht des Volkes, die ganze Fülle der Menschenrechte absichert, die besten Traditionen der sowjetischen Demokratie und die Erfahrungen der demokratischen Entwicklung der Menschheit in sich aufnimmt.

Es ist eine Gesellschaft der realen Gleichberechtigung aller Nationen und Völkern, die für deren allseitige Entwicklung und Harmonisierung der zwischenationalen Beziehungen im Rahmen einer sowjetischen Föderation alle Bedingungen schafft.

Es ist eine Gesellschaft, mit einem reichen geistigen Leben, mit einer hohen Kultur und Moral. Es ist eine Gesellschaft, wo umfassende Möglichkeiten zur Ausbreitung der Talente, zum freien Selbstausdruck der Persönlichkeit geschaffen wurden und realisiert werden.

ne ernste, konkrete Ausarbeitung erforderlich. Heute ist das für uns von lebenswichtiger Bedeutung. Wenn wir in den allgemeinen Fragen der Theorie keine Klarheit schaffen, werden wir auch die konkreten Fragen der gesellschaftlichen Praxis nicht erfolgreich lösen sowie Fehlalkulationen und Fehler nicht melden können.

Hier bietet sich unseren Gesellschaftswissenschaftlern ein breites Betätigungsfeld. Doch wir können nicht über die heutige Sachlage im Bereich der Gesellschaftswissenschaften unbesorgt bleiben. Es muß offen gesagt werden, daß unsere Gesellschaftswissenschaftler nur mit Mühe aus der Krise treten und ein höheres Niveau der theoretischen Tätigkeit erreichen. Ich möchte die ersten Schritte auf diesem Weg auf jede mögliche Weise begrüßen. Ich meine damit die Arbeit, die zur Schaffung neuer Lehrbücher in gesellschaftlichen Disziplinen entfaltet worden ist, so wie die einen systematischen Charakter annehmenden Diskussionen in der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Ich hoffe, daß auch die Reihe erster Publikationen unserer Gesellschaftswissenschaftler in theoretischen Zeitschriften nicht unbedeutend bleiben ist. Doch all das stimmt vorläufig immer noch nicht mit unseren Belangen überein.

Genossen, es gibt auch die zweite, nicht minder wichtige Seite in der Arbeit der Partei im Bereich der Ideologie. Ich meine die praktische Tätigkeit der ideologischen Kader und aller Parteiorganisationen zur Formierung des gesellschaftlichen Bewußtseins, adäquat den Realitäten des Lebens, den vor uns stehenden Aufgaben, den Umgestaltungsziele. Hier vollzieht sich die Umgestaltung nur mit Mühe und langsam. Das ist in einem hohen Maße damit verbunden, daß ein Teil unserer ideologischen Mitarbeiter und der leitenden Kader immer noch an der Vergangenheit hängt, alte Erfahrungen, abgelebte Formen und Arbeitsmethoden anwendet, die schon ineffektiv geworden sind. Das offenbart sich anschaulich während der Wahlkampagne, als der ideologische Apparat in beträchtlichem Maße seinen Pflichten nicht nachkam und in einer Reihe von Fällen sich sogar als gelähmt erwies.

In der neuen politischen Situation, die von breiter Demokratie, von sozialer Aktivität der Menschen, einer Vielfalt der Meinungen charakterisiert wird, versucht er mit alten Methoden und Direktiven zu wirken. Wenn es sich aber herausstellt, daß die alten Methoden bereits nicht mehr wirken, dann hören die ideologischen Mitarbeiter auf zu arbeiten, sie werden von Panik befallen und beginnen, sich auf allgemeine politische Prozesse zu beziehen, wobei sie manchmal in Kritizismus oder Nihilismus bei der Einschätzung der im Lande vor sich gehenden Veränderungen verfallen.

Mit einem Wort, wir brauchen das tiefe Verständnis der Notwendigkeit ernsthafter Veränderungen in der ideologischen Tätigkeit der Partei auf der Grundlage der Verstärkung der Verbindung mit den Massen, der Entfaltung eines lebendigen Dialogs zu allen aktuellen Problemen der Umgestaltung. Die Menschen erwarten das und sagen gerade heraus, daß sie jetzt vor Ort keine Antworten auf viele Fragen von den Parteiorganisationen erhalten.

Ich möchte von der gewaltigen Rolle der Massenmedien sprechen. Einst hat W. I. Lenin die „Iskra“ als Baugeist bezeichnet, auf dem die Partei selbst errichtet wird. Jetzt ist eine andere Zeit. Aber der Leninsche Gedanke über die schöpferische Rolle der Presse ist auch heute aktuell. Und von der Richtigkeit, Tiefe und Untermauerung der Leninschen Aussagen konnten wir uns an eigenen Erfahrungen überzeugen.

In den letzten Jahren hat unsere Presse viel dafür getan, um die Politik der Umgestaltung zu unterstützen, sie zu einer Erregungsbildung der breiten Volksmassen zu machen. Unsere Presse spielte und spielt eine unersetzbare Rolle bei der Entwicklung der Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft, Offenheit und gesellschaftlichen Initiative, im Kampf gegen das, was unserer Bewegung auf dem Weg der Erneuerung stört. Aber das bedeutet noch nicht, daß in unserer Presse alles zum besten gibt. Gegenwärtig fühlen wir die Schwäche unserer Presse, die unzureichende Kompetenz bei der Beleuchtung der komplizierten und schweren Arbeit zur Aneignung der neuen Lebensformen, daß in unseren Massenmedien Konstruktivität fehlt, obwohl wir darüber schon des öfteren gesprochen haben.

Hier kommen wohl unsere allgemeinen Mängel zum Ausdruck, es gibt zu wenig Ideen und konkrete Erfahrungen bei der Verwirklichung der ökonomischen und politischen Reform, bei der Erneuerung der Formen und Methoden der Tätigkeit der Partei selbst. Um so schärfer müssen wir alle diese Fragen an die Presse, an die Kommunisten, die in den Massenmedien tätig sind, stellen. Die Menschen erwarten

von den Partei-, Staats- und Wirtschaftsorganen von unseren Kadern reale Handlungen. Das muß heute den Inhalt und die Richtung der Beiträge in unserer Presse bestimmen. Ich würde sagen, daß entscheidender, grundlegender gehandelt werden muß, indem der konstruktive Teil in der Arbeit der Massenmedien verstärkt wird.

Auf unserer Beratung muß eine wichtige Frage geklärt werden; die sowohl die Parteifunktionäre als auch die Presse und unsere Gesellschaft beunruhigt. Das ist die Frage der Wechselbeziehung der Dreiergruppe: Gesellschaft — Partei — Presse.

Die gesamte Erfahrung der weltweiten Entwicklung und insbesondere der gegenwärtigen Zeit, daß die Presse — dieses gewaltige soziale Institut — niemals und nirgendwo von der Gesellschaft unabhängig sein kann. Und Lenin hatte Recht — die Presse ist immer parteilich — sie bringt doch die Interessen der einen oder anderen sozialen Kräfte zum Ausdruck. Und das trifft in vollem Maße auch auf unsere Gesellschaft und auf die Zeit, in der wir leben zu.

Die KPdSU hat alles getan und tut weiterhin alles, damit die Presse immer auf die beste Art den Interessen des Volkes, der Sache des Sozialismus, den Prinzipien des Humanismus dient. Und das natürlich im Kontext der realen Aufgaben, die wir auf der heutigen verantwortlichen Etappe unserer Geschichte lösen. Das ist unsere Antwort an diejenigen, die die Presse von der Partei trennen möchten. In prinzipiellen Fragen kann es hier keine Zugeständnisse geben. Es gibt die wichtigsten Orientierungspunkte, die die Ausrichtung der Presse bestimmt. Im übrigen müssen die Kommunisten und Parteileitenden in diesem oder jenen Presseorgan, Verlag oder Redaktion arbeiten, völlige Schaffensfreiheit genießen und über das vollständige Recht der Problemstellung, der Verteidigung und des Schutzes ihrer Positionen haben und insgesamt schöpferisch und verantwortlich tätig sein können. An der Spitze der verschiedenen Ausgaben stehen in der Regel Parteimitglieder, ja und ein bedeutender Teil der Journalisten sind Kommunisten.

Und dennoch darf nicht außer Acht gelassen werden, ob durch die Parteikomitees zur ideologischen Orientierung und zur Hilfeleistung und Unterstützung der Journalisten alles getan wird, was natürlich auch die Anforderungen an sie betrifft. Wir haben keine geschlossenen Zonen für die gesellschaftliche Kontrolle und Kritik. Und das bezieht sich in vollem Umfang auf die Massenmedien.

Ich möchte sagen, daß unsere Parteifunktionäre verschiedenen Ranges die Massenmedien zu wenig nutzen, um ihren Standpunkt zu dieser oder jener aktuellen Frage, die in der Gesellschaft erörtert werden, den Werktätigen zu vermitteln. Wenn sich Lücken bilden, werden sie oft mit Materialien gefüllt, die nicht von der besten Qualität sind. Hier müssen die Parteikader Initiativenehmungen zeigen. Im Zentralkomitee laufen allerdings Informationen ein, daß einige Presseorgane Publikationen von Autoren, deren Meinung von der Position der Redaktion abweicht, ablehnen. Ich möchte die Mitarbeiter der Presse daran erinnern, daß Pluralismus Meinungs austausch, die Gegenüberstellung von Meinungen und Diskussionen voraussetzt und daß man sich hier nicht von persönlichen Bindungen und Sympathien leiten lassen sollte, sondern von prinzipiellen Überlegungen.

Alles, was über die Beziehungen der Partei, des Staates und der gesellschaftlichen Organisationen zu den Massenmedien gesagt worden ist, läßt uns erneut die Notwendigkeit der Annahme eines Pressegesetzes erkennen, dessen Entwurf, soweit ich weiß, in nächster Zeit im Obersten Sowjet der UdSSR erörtert werden wird.

Nun zu den Fragen des innerparteilichen Lebens

Vor vier Jahren hatte die Partei für sich die Wahl getroffen, und zwar den schweren Weg des Aufstiegs auf den Stufen der Demokratie betreten. Und wir sind nicht fehlgegangen und haben uns im weiteren noch mehr in dem Gedanken bestärkt, daß die Demokratisierung der gesamten Lebensweise der Partei das effektivste Mittel gegen die darin angesammelten Gebrechen ist.

Die Demokratisierung des Parteilebens ist aber nicht nur ihre innere Angelegenheit. Ohne diesen Prozeß sind die Umgestaltung der Gesellschaft im allgemeinen, die Schaffung eines sozialen Rechtsstaates und einer rechtlichen Gesellschaft unmöglich. Nur auf demokratischer Grundlage ist die Partei imstande, in ihrer Politik die vielfältigen Bestrebungen verschiedener Bevölkerungsschichten und -gruppen zu integrieren, sie um die volksumfassenden Ziele und Interessen zusammenzuschließen und im Land gesamtationales Einvernehmen zu sichern. Besonders wichtig ist das im Hinblick auf die Besonderheiten unseres Einparteiensystems.

Die rascheste Überwindung der Bewertung der Partei als ei-

ner hierarchischen, äußerst festgebauten Organisation, die Direktiven erläßt und sie von oben nach unten erteilt bzw. alle gesellschaftlichen Angelegenheiten eigenmächtig befiehlt, ist eine unerläßliche Voraussetzung für ihre konsequente und tiefgehende Demokratisierung. Es geht dabei um die volle Wiederherstellung des demokratischen Charakters der Partei als einer sich selbstverwaltenden gesellschaftspolitischen Organisation.

Unter diesem Gesichtspunkt ist die Partei jetzt verpflichtet, sich ernstlich mit sich selbst zu beschäftigen, die Arbeit aller ihrer Stufen streng zu bewerten, eine kritische Selbstkontrolle der Tätigkeit der Parteikomitees ihrer Kader, aller Kommunisten vorzunehmen, ihre Reihen zu konsolidieren sowie das innerparteiliche Leben, die ganze Tätigkeit zu aktivieren.

Der Schlüssel zur Lösung dieser Aufgabe ist das vollwertige Leben der Parteiorganisationen, die der heutigen Atmosphäre, die in der Gesellschaft entstanden ist, der Aktualität der Probleme, den Belangen und Hoffnungen der Menschen entspricht. Wir dürfen nicht ruhig zusehen, Genossen, daß jetzt wo in der Gesellschaft allerorts Leidenschaften entbrannt sind, wo es zur Meinungskollision gekommen ist und Meetings gären, in vielen Parteiorganisationen Ruhe und Zufriedenheit herrschen. Darüber sprachen mit Bitternis und Besorgnis die Kommunisten in Leningrad. Um ihren Interessen nachzukommen und ihre Meinung über brennende Fragen zu äußern, besuchen sie allerlei Diskussionsklubs und Meetings. Das ist natürlich nicht ein Schlimmes daran. Schlimm ist was anderes. Daß sie all diese Fragen, die die Gesellschaft bewegen, in ihren Parteiorganisationen nicht behandeln können.

Im Grunde genommen stehen auch die Mitglieder der Wahlorgane der Partei abseits von den brennenden Problemen. Darüber sprach man am Plenum des Leningrader Gebietspartei-Komitees, darunter auch Vertreter der Arbeitskollektive. Das sind sehr ernste Sachen. Die gewählten Organe zählen ja in ihrer Zusammensetzung 5 Millionen Mann, die meisten von ihnen genießen unter den Kommunisten Autorität, haben ernste politische Erfahrungen, und sie wollen aufrichtig etwas tun und zur allgemeinen Sache ihren Beitrag leisten. Sie wurden ja auch vor weniger als einem Jahr gebildet.

Warum geschieht das? Ist das die Trägheit des Denkens, die Scheu vor dem Neuen und vor komplizierten Fragen? Oder tritt hier die alte Gewohnheit zutage, alles in den Kabinetten, im engen Kreis oder nach Anweisung von oben zu lösen? Wollen wir das alles offen behandeln, Genossen. Wir können einfach nicht die Partei in solchem Zustand auf der Etappe der tiefen Wandlungen im Stich lassen, wo die Gesellschaft den Prozeß der weiteren Politisierung verspürt.

Uns steht in vielen Grundorganisationen der Partei die Wahlberichts-kampagne bevor, und in anderen, wo die Parteikomitees und -büros wirken, sowie in den Rayons-, Stadt-, Gebiets- und Republikorganisationen der Partei werden die Rechenschafts-gutachten durchgeführt. Man muß sie in der Atmosphäre der parteilichen und kameradschaftlichen Diskussion durchführen und die Arbeit zur Sicherstellung der Aufgaben der Umgestaltung gründlich und mit parteilicher Prinzipientreue analysieren. In diesem Zusammenhang müssen wir auch die akute Kaderfrage lösen, wobei auf die leitenden Posten wirklich überzeugte und aktive Anhänger der Umgestaltung zu berufen sind, die zeltreue denken und handeln können. Mancherorts unterbreiten die Kommunisten den Vorschlag, unter Berücksichtigung der Wichtigkeit des Moments — und der Kompliziertheit der Probleme im Leben der Partei und der Gesellschaft eine Parteikonferenz durchzuführen.

Ich möchte zur Erörterung unserer Beratung eine Reihe von Fragen vorlegen, die heute akut geworden sind und geklärt werden müssen.

Man streitet in der Partei sowie in der Gesellschaft viel über das Problem der Verbindung der Freiheit der Meinungen und der Einheit der Handlungen.

Im Laufe vieler Jahre wurden in vielen Parteiorganisationen sogar die aller wichtigsten Fragen sozusagen automatisch, durch eine einfache Abstimmung und ohne tiefe Erörterung verschiedener Standpunkte gelöst. Das machte das Parteileben arm und verursachte die Situation, in der viele Fehlschläge und Willkür, und in einigen Fällen sogar Rechtswidrigkeit, möglich waren. Solche Praxis darf man nicht rechtfertigen, man kann sie aber nur dadurch erklären, daß sie sich bequiem in das administrative Kommando-system eingefügt hatte. Wir müssen jetzt die echten Leninschen Ansichten über die Beziehungen zwischen der Freiheit der Meinungen und der Einheit der Handlungen, dem Demokratismus und dem Zentralismus ins Leben zurückrufen.

Die Atmosphäre der konstruktiven Diskussionen und der Erörterung von Alternativen, die von der Partei in der Gesell-

Die Umgestaltung der Arbeit der Partei ist die Hauptaufgabe des Tages

(Schluß)

schafft geschaffen wird, diktiert eine bestimmte Logik auch im Parteilieben. Wir brauchen heute keine vorgetäuschte Einheit. Sie ist heute sowohl unmöglich als auch unnötig. Eine wahre Einheit kann nur unter solchen Bedingungen erzielt werden, wenn in der Partei die Freiheit der Diskussionen, die Freiheit der Erörterungen der Probleme der Parteipolitik auf alternativer Grundlage sowie das Recht der Minderheit ihre Meinung auszusprechen, darunter auch zu den von der Mehrheit gefaßten Beschlüssen, aber mit obligatorischer Unterordnung der Minderheit der Mehrheit, gewährleistet wird.

Kurzum, wir müssen dafür sorgen, daß in der Partei eine Atmosphäre der parteilichen Kameradschaft herrscht, die es ermöglicht seinen Standpunkt frei zu behaupten, Probleme zu debattieren, Meinungen gegenüberzustellen. Aber wir müssen im gleichen Maße auch dafür sorgen, daß eine aktive, gemeinsame Arbeit zur praktischen Realisierung der gefaßten Beschlüsse gewährleistet wird. Sowohl das eine wie auch das andere ist im Leben der Partei im gleichen Maße wichtig. So ist die Dialektik.

Damit ist auch das Problem der Parteidisziplin organisch verbunden. Mir scheint, selber zweifelt daran, daß die Disziplin in der Gesellschaft und in der Partei insbesondere für uns lebensnotwendig ist. Mehr noch, ich möchte sagen, daß die gegenwärtige Lage der Disziplin in Partei und Gesellschaft uns allen Sorgen macht. Und wir müssen sowohl im zentralen Staatsapparat als auch in örtlichen Organen entscheiden handeln, um die Lage zu bessern.

Doch es entsteht die Frage: Wie ist die Disziplin in der Situation? In dieser komplizierten Situation ihre Meinung über die Festigung der Disziplin äußern, hoffen manche Genossen gleichzeitig auf eine „starke Hand“, im Grunde genommen fordern sie, alle „Stränge anzuziehen“.

Wir sind für die Erhöhung der Verantwortlichkeit, aber ich glaube, man darf so einem Herangehen nicht beistimmen. Das würde dem Geist der in unserem Land erfolgenden Wandlungen widersprechen. Und welches Beispiel würde dann die Partei der ganzen Gesellschaft geben! Es würde die hoffnungslos verrosteten Züge des administrativen Weltsystems konservieren, die Krisen, die wir möglichst schnell zu überwinden haben, unvermeidlich vertiefen. Ich bin überzeugt, daß wir entschlossen die Frage der Festigung einer bewußten, kameradschaftlichen Disziplin, die auf hohem Gefühl der Parteilichkeit basiert, stellen müssen. Das wird uns von der Verantwortung nicht befreien, sondern unsere Verantwortung für die beauftragte Sache verstärken. So muß die Frage gestellt werden, und so muß in den Parteiorganisationen gehandelt werden.

Im Laufe der Demokratisierung der Partei entsteht die Frage der gegenseitigen Beziehungen der zentralen Organe der KPdSU und der Republik- und örtlichen Parteiorganisationen.

In der Blütezeit der administrativen Kommandomethoden wurden oft die Worte W. I. Lenins darüber, daß der Kampf um die Einheit des Proletariats aller Nationen mit „der Autonomie der örtlichen und Gebietsorganisationen“ verbunden sein muß, verschwiegen. Solches Verschweigen war nicht zufällig. Es widerspiegelt die reale Praxis, als die nationalen und anderen Besonderheiten verschiedener Regionen im gehörigen Maße nicht berücksichtigt werden und keine Flexibilität in der Arbeit der Partei und den Werkstätten verschiedener Nationalitäten bekundet wurde.

Heute, unter den Bedingungen der Umgestaltung, müssen wir uns mit Problemen befassen, die sich auf die Gewährleistung einer höheren Selbständigkeit für die Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken und für die örtlichen Parteiorganisationen beziehen. Wir erachten solch eine Fragestellung seitens einer Reihe von Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken als gesetzmäßig. Dabei können wir, Genossen, diese Fragen schon jetzt lösen, ohne auf den Parteitag zu warten, denn unser Parteitag gewährt dafür breite Möglichkeiten. Man muß in der Praxis alles beseitigen, was die Initiative der Parteikomitees hemmt und ihnen das Recht garantiert, viele strukturelle, Kader-, Finanz- und Organisationsfragen sowie andere Probleme zu lösen.

Unter den heutigen Bedingungen darf man sich damit nicht zufriedengeben, daß die Leiter an der Basis einen jeden einigmaßen wichtigen Beschluß mit den Zentralorganen zu koordinieren suchen. Das bringt keine andere Resultate außer Schmarotzertum und Bürokratismus. Die Notwendigkeit der Lösung von herangerufenen Problemen und die Präzisierung der gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Zentrum und der Kommunistischen Parteien und den örtlichen Parteiorganisationen hervorhebend, möchte ich die Genossen vor falschen Schlussfolgerungen warnen, die den Leninschen Richtlinien über die Struktur und Lebensfähigkeit der Partei widersprechen.

Wir können nicht mechanisch die Prinzipien — und das müssen alle Kommunisten gut begreifen —, auf denen unser Föderationsstaat basiert, auf die Partei übertragen. Um mit W. I. Lenin zu sprechen: „Im Aufbau unserer Partei sind wir gegen die Föderation, wir sind für die Einheit der örtlichen (und nicht nur der zentralen) Organisationen der Sozialdemokraten aller Nationalitäten.“ Hier möchte ich nochmal den leitenden Gedanken über die Vorausbestimmung der Partei als der Trägerin der Verantwortung, als der Trägerin von Programmen und der Hauptvertreterin von internationalistischen Interessen der Werktätigen, als des unersetzlichen Faktors der sozialen Konsolidierung der Gesellschaft um die Ziele und Aufgaben der Umgestaltung hervorheben.

Genossen, der gesamte Komplex von komplizierten Fragen,

die sich auf die Umwertung der Parteilichkeit, auf die Akzeptierung ihrer neuen Rolle unter den heutigen Bedingungen, mit eingeschlossen auch die Demokratisierung des Lebens, die Meisterung von politischen Arbeitsmethoden, ist in entscheidendem Maße damit verbunden, wie die Kader arbeiten und wie die Kaderpolitik gestaltet wird.

Die letzten Jahre, ausgefüllt von bedeutenden Ereignissen und gekennzeichnet von tiefgehenden Veränderungen in der Partei und in der Gesellschaft, beeinflussten auch den Zustand der Kaderarbeit und führten zu ersten Veränderungen in unserem Kaderbestand sowie zu Veränderungen in seinen Arbeitsmethoden. Wie man so sagt, sind diese Jahre nicht umsonst verlebte worden, und was die Arbeit mit den Kadern angeht, waren sie auch nicht sinnlos. Jedoch muß man auf kommunistische Weise offen sagen, daß die Umgestaltung in den Arbeitsmethoden sowie direkt im Kaderbestand schwer vorangeht. Und hier handelt es sich bei weitem nicht darum, daß diese oder jene Funktionäre gegen die Umgestaltung und gegen Veränderungen sind, obwohl es auch solche gibt. Das ist nicht das Wichtigste.

Das Wichtigste besteht immerhin in der Tragfähigkeit, in der enormen Lebensfähigkeit der alten Gewohnheit, in der Ergebnisse den längst gebildeten Vorstellungen, in der schweren Erschließung der Lebensnovation, die neue Einschätzungen, neue Einstellungen, eine entschiedene Umgestaltung der Arbeitsformen und -methoden sowie neue Energie erfordert. Für viele grundlegend gute Kommunisten und ehrliche Arbeiter ist das offenkundig ein menschliches Drama. Und hier sind von Seiten der Parteikomitees rücksichtslose Bewertungen und überleitete Handlungen unzulässig. Man darf die Schicksale der Menschen nicht auf Biegen oder Brechen ändern.

Aber bei der entschiedenen Verteidigung des parteilich ausgelegten Herangehens zu den Kadern dürfen wir die Interessen der einzelnen Funktionäre nicht über die Interessen des Volkes und der Gesellschaft erheben. Letztendlich müssen wir auch in der Kaderarbeit davon ausgehen, daß wir vor einer Riesenzahl von Problemen, vor der Notwendigkeit radikaler Veränderungen und der Befreiung des Landes aus dem schweren Zustand stehen. Bei der Lösung von Kaderfragen müssen wir daran denken. Deshalb dürfen wir die Entscheidung der herangerufenen Kaderfragen nicht weiter hinausschieben. Um so mehr uns die letzte Jahre die Möglichkeit gewährten, viele Menschen zu beobachten, die sich von der besten Seite zeigten und ihre Ergebnisse der Umgestaltung, die Fähigkeit die Sache zu leiten und in Massen zu arbeiten an den Tag legten.

Jetzt wird der Erfolg der Umgestaltung dort gesichert, wo man die Kaderfrage richtig lösen wird, wo ein Zustrom von frischen Kräften gewährleistet wird. Und das, Genossen, wird von der Kaderpolitik entschieden, wofür die KPdSU die Verantwort-

ung vor dem Staat, vor unserem Volke trägt. In diesem Zusammenhang muß ich sagen, daß die Sache hier in vielem von den ersten Sekretären der Parteikomitees abhängt. Ohne ihre interessierte Anteilnahme, ohne ihre demokratische Einstellung ist es unmöglich, die neuen Methoden in der Kaderpolitik durchzusetzen und der Selbstherrschafft und Willkürbeschlüssen ein Ende zu machen.

Die in der Gesellschaft entfalteten Demokratisierungsprozesse fordern von der Partei, entschieden mit der formellen Nomenklatureinstellung in der Kaderarbeit aufzuhören, die Selbstisolierung, die Abkapselung des Kaderapparats zu beheben. Die neuen Kaderlösungen dürfen nicht aufgrund von Umstellungen und Weiterbeförderungen erfolgen, da wir uns im Kreise von ein und denselben Menschen drehen und keine Möglichkeiten für den Zustrom frischer Kräfte schaffen.

Man muß zugeben, daß auch die Parteikomitees vieles verlieren und die Fähigkeit vermissen, in der sich verändernden Situation erfolgreich zu wirken, falls sie ihre Auffüllung aus demselben geschlossenen Milieu beziehen. Wir müssen unsere Kader mit schöpferischen Kräften bereichern, jenen Kommunisten freien Weg machen, die imstande sind, neue Strömungen in die Tätigkeit der Parteioorgane zu bringen und den Erfolg der Umgestaltung zu garantieren.

Als eine effektive Methode der Kaderarbeit und der Auswahl von besonders begabten Menschen erwies sich das Prinzip der Alternativität bei den Wahlen. Wie bekannt, hatte das Januarplenum (1987) des Zentralkomitees in dieser Sache eine eindeutige Einstellung gemacht. Es sei gesagt, daß dieses Prinzip in der Partei nur langsam Wurzeln schlägt, wobei die Partei damit eigentlich ein Beispiel für die Gesellschaft liefern müßte. Sogar bei den letzten Wahlen und Berichten wurde nur die Hälfte von Sekretären der Parteigrundorganisationen auf alternativer Basis gewählt, auf dem Rayonniveau gab es ihrer noch weniger, auf dem Gebietsniveau — nur einzelne. In dieser Hinsicht sind die Sowjets, viele gesellschaftliche Organisationen und Werkstätten kollektive der Partei weit voraus. Wir müssen entschieden den unbegründeten und sogar schwer erklärbar konservativen Standpunkt der Parteikomitees bei solchen Fragen beseitigen — das ist die Meinung von Kommunisten, die sie mir bei den Treffen äußern.

Und noch eine nicht unbedeutende Bemerkung, Genossen. Wir müssen auf die Menschen nicht mit Anordnungen und Befehlen einwirken, sondern mit Autorität und Überzeugung. Die Parteikomitees müssen sich hierzu alle intellektuellen Kräfte, die besten geistigen Potenzen von Kommunisten und Parteilosen formieren. Man muß es so einrichten, damit in den Parteikomitees stets die begabte und aktuell denkende Jugend „verkehrt“, um Bedingungen für die natürliche Kaderrotation zu schaffen. Das ist keine einfache Aufgabe, zugleich gibt es hier nichts

Übernatürliches. Mehr noch, in der heutigen demokratischen Situation ist das einfach notwendig.

Es ist sehr wichtig, Genossen, für die Repräsentation von Parteikadern Nationalkademern in den Wahlorganen aller Schichten und im Parteiparat zu sorgen. Dasselbe muß man auch in Bezug auf die staatlichen, gesellschaftlichen und Wirtschaftsorganisationen sagen. Im Verlaufe von vielen Jahren wurde diesem Umstand nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt, hier sind große Verschiebungen zugelassen worden, und das fügt der Sache ein Verlust zu und ruft unter den Werktätigen verschiedener Nationalität gerechte und kritische Bemerkungen hervor. In dieser Sache muß das Zentralkomitee der Partei natürlich ein Beispiel liefern. Obwohl hier in der letzten Zeit einige Schritte unternommen sind, erweisen sie sich als unzureichend. Und das muß man selbstkritisch zugeben.

Ich bin der Meinung, daß wir auf der heutigen Beratung, die aktuelle Fragen der Lebensfähigkeit der Partei unter gegenwärtigen Bedingungen erörtert, den Punkt über den Parteiparat nicht umgehen können. Ob wir es haben möchten oder nicht, aber die Situation hat sich so gestaltet, daß der Parteiparat und die Parteifunktionäre zum Objekt unbegründeter Kritik wurden. Wir müssen unseren Standpunkt zu dieser Frage für die Partei und für die Gesellschaft zum Ausdruck bringen.

Vor allem möchte ich kategorisch erklären, daß wir die Entwertung des Parteiparats ableugnen. Den Apparat brauchen wir. Aber wir brauchen einen neuen Apparat, der imstande ist, qualifiziert seine Funktionen zu erfüllen und eine allseitige Hilfe den Wahlorganen zu erweisen, und in der letzten Zeit bilden wir solch einen Apparat. In den Parteiparat sind jetzt viele neue Funktionäre gekommen, die mit ganzer Seele der Sache der Umgestaltung ergeben sind und standardmäßig denken und mit Initiative handeln.

Damit für den Apparat ein ständiger Zustrom frischer Kräfte gewährt wird und damit das Leben darin den sich in Partei und Gesellschaft vollziehenden Prozessen entspricht, muß man natürlich vor allen Dingen demokratische Voraussetzungen für seine Bildung schaffen. Und besonders wichtig sind hier die Meinungen der Kommunisten über diesen oder jenen Funktionär, über seine politischen, sachlichen und menschlichen Eigenschaften. Hier brauchen wir den Rivalitätsgeist, die Alternativität und die Leistungsprüfung nicht zu befürchten. Mir dünkt, daß wir regelmäßig auch die Attestierung durchführen müssen, sie an die fällige Wahl von Parteikomitees anknüpfend.

Wie bekannt, sind in der Partei kardinale Maßnahmen in der Reduzierung und der Strukturänderung des Parteiparats ergriffen worden. Das wurde nach prinzipiellen Entschlüssen getan, um den Parteiparat in Einklang mit den neuen Bedingungen der Zerlegung von Funktionen zwischen staatlichen, Wirtschafts- und Parteiorganen zu bringen.

Durch diese Maßnahmen wollten wir auch den Apparat festigen, in seinen Bestand die am meisten qualifizierten Kräfte einführen. Zu diesem Zweck hat es Sinn, die freigestellten Mittel für die Stelgerung des Lohnsatzes der Parteifunktionäre zu richten, da dieser in den letzten Jahren generell dem Lohnsatz von jenen Kategorien der Arbeiter nachbleibt, auf deren Kosten der Apparat gebildet wird. Das Zentralkomitee hat diesbezüglich den kompetenten Abteilungen die nötigen Anordnungen gestellt, und bis Ende dieses Jahres werden die nötigen Beschlüsse ergriffen sein.

Heute werden auf neue Art auch Fragen der Heranbildung und Weiterbildung der Parteikader gestellt. Zu ihrem Schwerpunkt muß man die Meisterung von gegenwärtigen Arbeitsmethoden machen. Im Einklang damit müssen wir auch das System der Vorbereitung von Kadern bei der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU und an den Parteihochschulen umgestalten. Die Abteilung Parteaufbau und Kaderarbeit sowie die Abteilung Ideologie des ZK der KPdSU ziehen die Realisierung dieser Idee in die Länge. Man muß — um die Sache nicht auf die lange Bank zu schieben — ein Netz von Lehrgängen und Seminaren für junge Mitarbeiter organisieren, die in den letzten Jahren in den Parteiparat aufgenommen worden sind.

III.

Dies sind die Fragen, Genossen, die wir für die Erörterung auf der heutigen Beratung notwendig hielten. Es ist klar, daß sie den ganzen Kreis von Problemen nicht erfassen, die mit der Umgestaltung und der Erneuerung der Partei gemäß der Veränderung ihrer Funktion und den sich in der Gesellschaft vollziehenden, den revolutionären Veränderungen verbunden sind. Aber mit Berücksichtigung der Diskussion, die sich auf unserer Beratung entfalten wird, sollen, wie ich denke, Antworten auf Fragen gegeben werden, die heute die Partei und unsere Gesellschaft bewegen.

Wie Sie darauf aufmerksam geworden sind, enthält der Bericht keine entfaltete Fragenstellung zur Nationalitätspolitik und keine daraus resultierende Aufgaben für die Partei. Das ist mit Absicht getan worden, weil uns noch bevorsteht, alle diese Fragen eingehend auf dem fälligen Plenum des ZK der Partei zu erörtern.

In diesen Tagen hat das Politbüro, wie Sie bereits wissen, den Entwurf der politischen Plattform der KPdSU in der Nationalitätspolitik unter heutigen Bedingungen erörtert. Es ist eine eigenartige Bilanz der langfristigen und ersten Arbeit in der Vorbereitung des Plenums gezogen worden. Man darf behaupten, daß dieses Dokument hauptsächlich vorbereitet ist und mit Berücksichtigung der statgefundenen Erörterung wird es in nächster Zukunft, also bis Ende dieses Monats, an die Zentralkomitees der Unionsrepubliken sowie an die Region-

und Gebietspartei-Komitees geschickt sein. Wir sind der Meinung, daß wir dieses Dokument infolge seiner kolossalen Bedeutung nochmal alle bewerten müssen. Und dann, wahrscheinlich schon im September, es dem Plenum des ZK zur Erörterung vor-schlagen.

Abschließend möchte ich folgendes sagen. Sie wissen, daß Vorschläge über die Einberufung des außerordentlichen Parteitag des KPdSU unterbreitet werden. Ich denke, daß wir diese Vorschläge im Kontext der heutigen Situation bewerten müssen.

Erst vor einem Jahr wurde die XIX. Parteikonferenz durchgeführt, auf der die wichtigsten Fragen der Tätigkeit der Partei und ihrer Politik für die nächste Periode erörtert wurden. Mir scheint, daß die politischen Richtlinien, die auf der Konferenz präzisiert wurden, ihre Bedeutung nicht eingebüßt und ihre Kraft auch weiter hin bewahren. Nach der Konferenz fanden in der Partei Rechenschaftslegungen und Wahlen statt, die die Parteigrund-, die Rayon-, die Stadtbezirk-, die Stadt-, und Gebiets- und die Republikorganisationen erfaßten.

Uns stehen große politische Maßnahmen bevor — das Plenum des ZK zur Nationalitätsfragen, der zweite Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR, und im Frühjahr — die Wahlen für die örtlichen und Republikorgane. Das sind wichtige Marktsteine in der Realisierung der politischen Reform. Man muß offen sagen, daß im Zusammenhang damit uns eine kolossale Arbeit bevorsteht, in die die Partei, die Sowjets, die gesellschaftlichen Organisationen, eigentlich unsere ganze Gesellschaft, miteinbezogen sein werden.

Ab August wird in der Partei die Berichtswahlkampagne anfangen, die wir in vollem Umfang für die Lösung von Aufgaben in der Aktivierung des innerparteilichen Lebens und der Tätigkeit der Partei nutzen müssen.

Und das Wichtigste — auf dem nächsten Parteitag werden wir das Programm der Partei erneuern und den neuen Statut annehmen müssen. Ohne das wäre die Durchführung des Parteitags einfach nicht gerechtfertigt. Aber Sie verstehen, daß für die Vorbereitung von Vorschlägen zum Programm und zum Statut eine grundsätzliche Arbeit notwendig ist, daß man dafür Zeit braucht. Und wir müssen, wenn es jetzt auf das Tun ankommt, ohne lange zögern eine Vorbereitungsarbeit anfallen.

All das sind Argumente, die nicht für die Einberufung des außerordentlichen Parteitags sprechen. Aber allem Anschein nach müßte man die Frage über die Annäherung der Tagungsfrist des ordentlichen XXVIII. Parteiforum erörtern. Man könnte ihn im Herbst 1990 durchführen. Wollen wir uns zu dieser Frage beraten.

Hiermit möchte ich Schluß machen. Ich möchte Sie bitten, Genossen, zu den im Bericht angeschnittenen Fragen Ihre Meinung zu äußern.



Bei den XVI. Moskauer Filmfestspielen

Unsere Bilder. Die sowjetischen Schauspieler (v.l.n.r.) Leonid Jarminik, Swetlana Toma, Boris Chmelinzi und Jelena Drapeko werden vom Zentralen Fernsehen interviewt. Die französische Filmschauspielerin Marina Vladi in einer

der Hauptrollen im Wettbewerbsfilm „Folge mir“ (BRD). Die Teilnehmer und Gäste der Filmfestspiele sehen sich im Moskauer Theater „Sowremennik“ die Aufführung „Eine harte Strecke“ an. Diese Bearbeitung des ersten Teils des gleichnamigen

Buches von Ginsburg für das Theater ist den Opfern der Stalinschen Repressalien gewidmet. Der polnische Filmregisseur Andrzej Wajda während des Besuchs im Theater „Sowremennik“.

Fotos: TASS



Westeuropa im Mini-Format

Vom Dogenpalast Venedigs bis zum Londoner Big Ben sind es nur wenige Schritte — jedenfalls in Brüssel. In unmittelbarer Nähe des Atomium in der belgischen Hauptstadt ist in den vergangenen Jahren ein 2,5 Hektar großer Park entstanden, in dem eine Reihe der berühmtesten und bekanntesten Bauwerke aus allen zwölf EG-Mitgliedsländern in Miniaturausführung errichtet worden sind. Das Atomium selbst, Symbol der Weltausstellung von 1958, ist ein imposantes Bauwerk von 110 Meter Höhe in Form einer 150milliardefachen Vergrößerung eines Alpha-Eisenkristalls. Für die „Zwerge“, in dessen Nähe ist ein Teil des Parkgeländes reserviert. Immerhin sind es schon 350 Bauten im Maßstab 1:25.

Das Projekt einer Freizeitpark-Gesellschaft kostete bisher umgerechnet etwa 25 Millionen Mark. Die einzelnen Modelle sind überaus detailgetreu. So wurden für das gotische Rathaus von Brüssel alle 294 Fassadenfiguren einzeln in Holz geschnitten. Ein Abguss davon diente dann als Form für das endgültige witterungsbeständige Kunstharzmodell.

Fast alle der Mini-Bauwerke sind übrigens in Epoxydharz oder Polyester ausgeführt. Eine Ausnahme bildet lediglich der schiefe Turm von Pisa, der aus kleinen Marmorsteinen errichtet wurde.

Erfolge der sandinistischen Revolution

Die in den zehn Jahren der sandinistischen Volksrevolution erzielten Erfolge wiegen viel schwerer als alles, was vom Imperialismus in den 158 Jahren seiner Herrschaft über Nikaragua errichtet wurde. Diese Einschätzung traf Nikaraguas Präsident Daniel Ortega in einer Rede zum zehnten Jahrestag der Revolution heute in Managua.

Ortega sprach zu 300 000 Teilnehmern einer Kundgebung, die den Höhepunkt der Revolutionsfeiern darstellte. Begrüßt wurden dazu rund 700 Gäste aus aller Welt, unter ihnen eine Partei- und Regierungsdelegation der DDR unter SED-Politbüro-Mitglied Hans-Joachim Böhm, sowie die neun Commandantes der Revolution.

Die Aggressionspolitik der USA habe das Werk der Revolution nicht zerstören können, rief der Präsident unter Beifall aus. Er bekräftigte den festen Willen seines Landes, die Beziehungen zu den USA zu normalisieren und weiterhin zur Realisierung der Friedensbemühungen in Mittelamerika beizutragen. Dazu sei es vor allem notwendig, daß die in Honduras stationierten Contras endlich demobilisiert werden.

Russisches Brot in New York

Sehr gefragt ist das Moskauer Roggen- und Schwarzbrot in einer Feinbäckerei der Handelsfirma „Zaro's Bread Basket“ in New York.

Ein langfristiger Kontrakt ist zwischen der Außenhandelsvereinigung „Mosintern“ und der amerikanischen Gesellschaft „Zaro's Bread Basket“ abgeschlossen worden, die sich auf die Produktion von Backwaren spezialisiert. Laut Plan sollen nach New York mit der Aeroflot täglich 2 000 Laib Brot aus der Sowjetunion gebracht werden.

Unser Bild: „Aus Rußland mit Liebe“ — steht in großen Buchstaben in einer Bäckerei New Yorks geschrieben.

Foto: TASS

Chefredakteur
Konstantin EHRlich